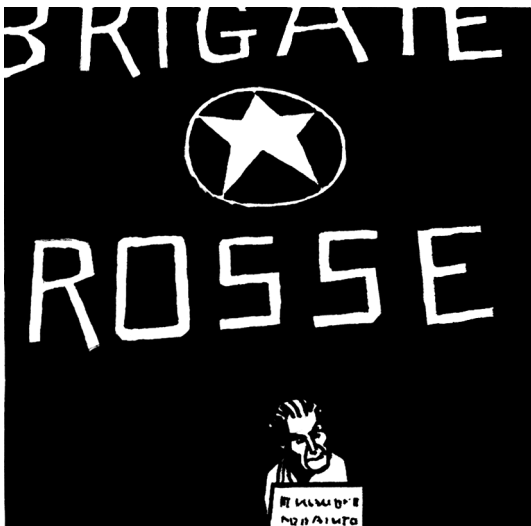


Gerhard Feldbauer

Aldo Moro

und das Bündnis von Christdemokraten
und Kommunisten im Italien
der 70er Jahre



MARXISTISCHE BLÄTTER

FLUGSCHRIFTEN 14



Die Zeitschrift

en.

fürs Vergnü
Am Denken.

MARXISTISCHE BLÄTTER

oversen

Analysen ★ Hintergrund ★ Kommentare ★

Alle 2 Monate • 112 Seiten
42,50 € / Jahr, ermäßigt 27,50 €. **Probeheft kostenlos**

Neue Impulse Verlag • Heffringstraße 8 • 45277
Fon: 02 01 - 2 48 64 82 • Fax: 02 01 - 2 48 64 84
NeueImpulse@aol.com

Gerhard Feldbauer

Aldo Moro

**und das Bündnis von Christdemokraten
und Kommunisten im Italien der 70er Jahre**

Neue Impulse Verlag

Gerhard Feldbauer, geb. 1933, kommt als habilitierter Italien-Historiker aus der DDR, lebt als Publizist in Hessen, schreibt für deutsche und europäische linke Zeitungen und Zeitschriften. Veröffentlichte über Italien: «Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien», Elefantpress Berlin 1996; «Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro. Rote Brigaden und CIA», PapyRossa, Köln 2000; «Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien», PapyRossa, Köln 2002; «Berlusconi – ein neuer Mussolini?», MBI-Flugschrift 06, Essen 2003

© 2003 Neue Impulse Verlag GmbH, 45127 Essen, Hoffnungstr. 18
Fon 0201-24 86 482; Fax 0201-24 86 484; NeueImpulse@aol.com
Alle Rechte vorbehalten
Titelgrafik Bernd Bücking, München
Druck: DIP Digital Print, Witten
ISBN 3-910080-45-6
EUR 3.50 (D)

Inhalt

Vorwort 5

1. Die «Wende von Salerno» 8

2. Die Resistenza 13

3. Kapitalistische Restauration 15

4. Flügelkämpfe in der Democrazia Cristiana 19

5. DC-Rechte paktieren mit Faschisten 20

6. Enrico Mattei,
ein Großindustrieller gegen Washington 22

7. Moros Reformkonzept 24

8. Die Rückkehr der Sozialisten in die Regierung 27

9. Die Nachkriegsstrategie der IKP 31

10. Die faschistische Gefahr 35

11. Der Historische Kompromiss 37

12. In der Partei umstritten 42

13. Zur Rolle Berlinguers 45

14. Die Drahtzieher des Mordkomplotts 46

15. Regierungszusammenarbeit scheitert 49

16. Anregungen für die Gegenwart 51

Ausgewählte Literatur 57

Aldo Moro gewidmet,

dem Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei Italiens,
der am 9. Mai 1978 einem reaktionären Mordanschlag
zum Opfer fiel.

Kommunisten und Sozialisten messen – entgegen anderslautenden Unterstellungen – Reformen große Bedeutung bei. Lenin bezeichnete sie als «ein Hilfsmittel für den Klassenkampf», betonte, sie seien nicht mit Reformismus zu verwechseln, müssten sich im Gegenteil auch «gegen die Opportunisten richten», denen man auf diesem Gebiet nicht das Feld überlassen dürfe.¹

Reformistische Konzepte, für die sich unter Vertretern liberaler oder flexibler Kreise der Bourgeoisie in Krisensituationen Befürworter fanden, stießen allerdings meist auf den Widerstand der rechten, vor allem der reaktionärsten Kreise des Kapitals, die sie verhinderten wollten. In nicht wenigen Fällen geschah das durch die physische Liquidierung der Reformen. Selbst für flexible oder liberale bürgerliche Politiker stellt die kapitalistische Gesellschaftsordnung generell die Grundlage von Reformen dar. Ihr Ziel ist, mit Sozialdemokraten oder anderen Reformisten eine Klassenzusammenarbeit zu erreichen, um Krisen ihres Systems zu begegnen und es zu festigen oder ihm auch auf einzelnen Gebieten günstigere Bedingungen zu verschaffen. Was das Schicksal solcher Reformen betrifft, sei an Matthias Erzberger oder Walter Rathenau in der Weimarer Republik erinnert, die in außenpolitischen Fragen versuchten, Reformen der Regierungspolitik durchzusetzen. Zu ihnen ist sicher auch John F. Kennedy zu rechnen, der einige zaghafte Zugeständnisse im Inneren der USA ins Auge fasste. Ein ähnliches Schicksal erlitt der Sozialdemokrat Olaf Palme.

Im Kampf um Reformen sind Kompromisse unvermeidlich. Lenin beschäftigte sich fast ständig mit zulässigen und nicht zulässigen Kompromissen der unterschiedlichsten Art.² «Kompromisse ‹prinzipiell› abzulehnen, jedwede Zulässigkeit von Kompromissen, welcherart sie auch seien, schlechthin zu verneinen, ist eine Kinderei, die man schwerlich ernst nehmen kann». Kategorisch schloss Lenin Kompromisse aus, «in denen Opportunismus und Verrat ihren Ausdruck finden», bejahte gleichzeitig, dass «Anhänger der proletarischen Revolution Kompromisse oder Abkommen mit Kapitalisten schließen». Dabei komme es darauf an, «durch alle Kompromisse hindurch die revolutionäre Taktik und

1 Lenin Werke (LW), Berlin (DDR), Bd. 36, S. 362; 23, S. 80; 24, S. 235

2 Davon zeugen zahlreiche Beiträge in 25 Werken der 40-bändigen DDR-Ausgabe. Siehe Registerband «Kompromisse in der Politik», S. 337; «Blocks und Abkommen», S. 99 f.

Organisation, das revolutionäre Bewusstsein, die Entschlossenheit, Erfahrungheit der Arbeiterklasse und ihres organisierten Vortrupps, der kommunistischen Partei, zu bewahren, zu festigen, zu stählen, weiterzuentwickeln.»³

Wertvolle Erfahrungen liefert der Kampf in der kommunistischen Weltbewegung um nationale antifaschistische Bündnisse vor und während des Zweiten Weltkrieges. Als herausragendes Beispiel gilt noch heute die von der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP) unter ihrem Generalsekretär Palmiro Togliatti im April 1944 vorgelegte Konzeption der «Wende von Salerno». Sie ermöglichte eine breite antifaschistische Front und eine entsprechende Koalitionsregierung, die einen historischen Beitrag zum Sieg über den Hitlerfaschismus und seine Marionetten unter Mussolini leistete. Der neuen faschistischen Gefahr entgegenzutreten, war auch eines der Ziele, die IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer und der Vorsitzende der Democrazia Cristiana (DC), Aldo Moro, verfolgten, als sie Mitte der 70er Jahre ein *Compromesso storico* genanntes Abkommen über eine Regierungszusammenarbeit schlossen. Bei seiner Wertung sind allerdings einmal historische Unterschiede zu beachten und zum anderen, dass Berlinguers Konzept der sogenannte Eurokommunismus zugrunde lag, der eine Absage an Grundpositionen des Leninismus und selbst des Marxismus einschloss. Die IKP gab wesentliche, für den perspektivischen Kampf einer kommunistischen Partei charakteristische Positionen auf.

Aldo Moro ist als führender Repräsentant des linken DC-Flügels mit seiner Regierungszusammenarbeit zunächst mit Sozialisten, später mit Kommunisten zweifelsohne der bekannteste bürgerliche Reformler der Nachkriegszeit. Am 9. Mai 1978 fiel er einem Mordkomplott zum Opfer, dessen Drahtzieher reaktionäre Kreise in Washington und Rom waren, die damit sein Projekt zum Scheitern brachten. Am Beispiel Moros zeigt sich, dass es für sozialistische und kommunistische Kräfte, die von einer revolutionären Strategie ausgehen und über ein Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verfügen, möglich werden kann, bürgerliche Reformler, die zu progressiven demokratischen Traditionen und nationalen Interessen stehen, für eine weitergehende Zusammenarbeit zu gewinnen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Diether Dehm fragte vor den Bundestagswahlen 2002 in einem Beitrag «Demokratischer Sozialismus und die Wende von

3 LW Bd. 30, S. 485; 31, S. 22

Salerno», ob Togliattis Konzeption und Berlinguers Compromesso storico nicht Anknüpfungspunkte böten, heute in der Bundesrepublik ein ähnlich gelagertes Regierungsbündnis zu Stande zu bringen.⁴ Dehm ging auf der Grundlage einer, wie er es formulierte, «Dialektik von Regieren und Opponieren» auf den zu dieser Zeit erörterten Eintritt seiner Partei in eine Regierung der SPD und Grünen ein. Mit seiner Orientierung an der Partei der Kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista – PRC) lehnte Dehm die auf Landesebene praktizierte opportunistische Regierungszusammenarbeit ab, wie sie PDS-Rechte wie Gregor Gysi, André und Michael Brie und Roland Claus nebst Anhang propagieren. Zwar orientierte er sich an der revisionistischen Konzeption des Eurokommunismus der 70er Jahre, betonte aber andererseits, Mitregieren setze bei der PDS «Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes» voraus und dürfe keinesfalls einem «von oben nach unten Legitimieren herrschender Spar- und Sachzwänge bei vorübergehend von der Bourgeoisie ausgeliehenen Privilegien, also ohne antimonopolistischen Durchbruch bei der Basis zu mobilisieren», dienen.⁵

In gewisser Nähe zur «Wende von Salerno» liegt, wenn auch von unterschiedlichen Grundsätzen ausgehend, der Gedanke des Chefredakteurs der Zeitschrift RotFuchs, Klaus Steiniger, gegen die von der Bush-Administration zur Durchsetzung ihrer Weltherrschaftspläne begonnene Politik der Aggressionskriege eine neue Antihitlerkoalition zu schaffen. Wenn die USA heute grundlegende Völkerrechtsnormen außer Kraft setzen, durch die Nürnberger Urteile geahndete Präventivkriege planen und im Irak bereits führen, dann treten in der USA-Außenpolitik, wie Steiniger schreibt, «immer deutlicher faschistoide, ja sogar faschistische Züge in den Vordergrund.» Es gelte heute, aus der Geschichte des Überlebenskampfes der Völker zu lernen, um die existenzgefährdende Herausforderung aus Washington zurückzuweisen. Dazu gehöre, sich des Vermächnisses der Antihitlerkoalition zu erinnern, die sich trotz ihrer Heterogenität als stark genug erwiesen habe, dem Faschismus eine historische Niederlage zu bereiten. Steiniger erinnert an einen der Architekten, Franklin Delano Roosevelt, und schreibt: «In seinem Geist zu handeln heißt heute, eine mächtige Koalition von Staaten und Völkern gegen jene zu formieren, die die Welt in den Abgrund eines Infernos reißen wollen. Man könnte sie – bei aller Unvergleichbarkeit von Situa-

4 Neues Deutschland (ND), Berlin, 26. April 2002

5 Zu unterschiedlichen Standpunkten zu Dehm siehe RotFuchs – Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland, Berlin, 52 u. 53/2002

tionen und Akteuren – als «neue Antihitlerkoalition» gegen die Achse der Aggressoren bezeichnen.»⁶

Dehms wie Steinigers Aspekte verdeutlichen, dass es sich bei der Abhandlung über das Erbe Moros und den Historischen Kompromiss nicht einfach um geschichtliche Reflexionen handeln kann, sondern darum, ob und wie Erfahrungen und Lehren dieser Bündnispolitik unter den spezifischen Bedingungen der Gegenwart verwertet werden können. Zum Verständnis, vor allem für jüngere Leser, erfolgt die Darstellung der Ereignisse, ausgehend von der Resistenza, eingefügt in die historischen Zusammenhänge.⁷ Für den an Hintergrundinformationen interessierten Leser sind im Rahmen des möglichen Platzes Quellen, oft wenig bekannt, angeführt, darunter vor allem in deutsch vorliegende.

1. Die «Wende von Salerno»

Ihr Gespür für die Realitäten des Kräfteverhältnisses ließ führende Kreise der italienischen Bourgeoisie bereits 1943 erkennen, dass der Krieg verloren war. Das veranlasste sie, zusammen mit dem König und Militärs, unterstützt vom Vatikan, sich Mussolinis zu entledigen und ihn auf dem Gran Sasso zu inhaftieren, mit Hitlerdeutschland zu brechen und auf die Seite der Antihitlerkoalition überzutreten. Auf diese Entscheidung wirkte die Furcht ein, das faschistische Regime werde sonst von der antifaschistischen Volksbewegung mit Kommunisten und Sozialisten an der Spitze gestürzt.

Die Palastrevolte bewerkstelligte am 26. Juli die Mehrheit des faschistischen Großrates. Den Organisatoren ging es jedoch keineswegs um die Beseitigung des faschistischen Regimes, sondern, wie die amerikanische Zeitschrift *Life* schrieb, darum, «sich von Mussolini und den Deutschfreundlichen zu befreien, das System aber zu erhalten».⁸ Dem entsprach, dass Viktor Emanuel III. Marschall Pietro Badoglio, den Schlächter von

6 RotFuchs, 62/2003. Ausgehend von den Erfahrungen mit dem Faschismus und mit Blick auf die USA schrieb Hans Kalt aus Wien bereits in den Marxistischen Blättern (MBL) 5/2000, dass «auf die Menschheit (...) eine neue qualitativ noch viel schrecklichere Phase imperialistischer Weltherrschaft (zukommt), für die eine adäquate Charakterisierung erst gefunden werden muss».

7 Die Resistenza, im antifaschistischen Widerstand die nach der Okkupation durch die Hitlerwehrmacht am 8. September 1943 beginnende Etappe des bewaffneten Kampfes

8 *Life*, New, York, 14. Dez. 1943

Abessinien,⁹ als den für diese Linie der Machterhaltung geeigneten Repräsentanten als Regierungschef einsetzte. Seiner Regierung gehörten ausschließlich Militärs, Vertreter des faschistischen Staatsapparates und der Justiz an.

Auf den Sturz des Duce reagierte Hitlerdeutschland am 8. September mit der Okkupation Nord- und Mittelitaliens, der Entwaffnung der italienischen Armee und der Errichtung des Marionettenregimes der Repubblica Sociale Italiana (RSI)¹⁰ unter dem aus der Haft befreiten Mussolini. Das bestehende Komitee der antifaschistischen Strömungen konstituierte sich zum Comitato di Liberazione Nazionale (CLN) und rief zum bewaffneten Widerstand auf. Erste Partisaneneinheiten entstanden, die sich binnen weniger Monate zu einer kampfstarken Partisanenarmee formierten.

Kommunisten und Sozialisten standen vor der Frage, ob man in eine aus dem faschistischen Großrat hervorgegangene, vom König als einem Träger der Mussolini-Diktatur eingesetzte und von einem mit Kriegsverbrechen belasteten Marschall geleitete Regierung eintreten konnte. Togliatti antwortete mit Ja. Nach einer von ihm vorgelegten Konzeption traten im April 1944 in Salerno¹¹ die antifaschistischen Oppositionsparteien – Kommunisten, Sozialisten, die kleinbürgerliche Aktionspartei (PdA),¹² die großbürgerlichen Christdemokraten und Liberalen – in das Kabinett Badoglio ein, das in dieser Zusammensetzung den Charakter einer «Regierung der nationalen Einheit» annahm und zu einem Bekenntnis zum Antifaschismus veranlasst wurde.

Wesentliche Grundlagen für diese Konzeption hatte Antonio Gramsci in der Auseinandersetzung mit dem Linkssektierertum der Führungsgruppe um Amadeo Bordiga erarbeitet.¹³ In seiner Schrift «Die süditalienische Frage» schrieb er 1926: «Das Proletariat kann in dem Maße zur führenden und herrschenden Klasse werden, wie es ihm gelingt, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren, und dies bedeutet (...) unter den

9 Während des Feldzuges zur Eroberung Abessiniens ließ Badoglio als Oberbefehlshaber der Kolonialarmee beim Vormarsch auf Addis Abeba 1936 das Giftgas Yperit einsetzen, das Zehntausende äthiopische Soldaten tötete.

10 Nach ihrem Sitz in Salò am Gardasee Salò-Republik genannt.

11 Salerno, Sitz der Badoglio-Regierung

12 Partei der Aktion (PdA). 1943 mit Emilio Lusso und Ferruccio Parri an der Spitze entstanden. Siehe Anhang Parteien, Organisationen, Personen bei Feldbauer 2002, S. 193 ff.

13 Bordiga, Mitbegründer der IKP, bis 1926 Generalsekretär, wegen Sektierertum 1931 aus der IKP ausgeschlossen.

realen in Italien bestehenden Klassenverhältnissen, in dem Maße, wie es ihm gelingt, die Zustimmung der breiten bäuerlichen Massen zu erlangen.» Er verwies auf die besondere Verknüpfung der Frage des Südens mit der des Vatikans, das heißt, der Beachtung des katholischen Einflusses auf den «sozialen Gesichtspunkt» bei ihrer Lösung.¹⁴

In seiner Faschismus-Analyse verband Gramsci den Kampf für den Sozialismus mit der Verteidigung bzw. der Eroberung der Demokratie. Er ging davon aus, dass die Frage der proletarischen Revolution nicht auf der Tagesordnung stand, die Arbeiterklasse ihre politische Hegemonie auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Überzeugung erringen und die Eigenständigkeit der Bündnispartner, einschließlich der Tatsache, dass sie eigene politische Ziele verfolgen, respektieren müsse. Er sprach vom «Historischen Block», unter dem er ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Mittelschichten und der Intelligenz verstand, in dem er dem Zusammengehen mit den katholischen Volksmassen einen breiten Stellenwert beimaß. Er betonte – was oft übersehen wird –,¹⁵ beim «Historischen Block» müsse es sich um einen «ausgeglichene[n] Kompromiss» handeln, bei dem die «Opfer und Kompromisse» der Kommunistischen Partei «nicht das Wesentliche», nämlich «die «entscheidende Rolle (...), die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft» betreffen können», worunter Gramsci eindeutig die strategische Orientierung auf die Beseitigung der kapitalistischen Ökonomie und die Herstellung einer sozialistischen verstand.¹⁶ In der Konzeption der «Wende von Salerno» ging Togliatti keine derartigen Kompromisse ein.

Eine entscheidende Grundlage der Umsetzung dieser Konzeption war, dass Gramsci die Sozialfaschismusthese der Komintern abgelehnt, die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung anerkannt und die IKP diese Haltung übernommen hatte. Das ermöglichte 1934 ein Aktions-einheitsabkommen mit den Sozialisten. Das einheitliche Handeln der Arbeiterparteien zog erhebliche kleinbürgerliche Schichten sowie Angehörige der Intelligenz auf ihre Seite und beeinflusste die Haltung des

14 Gramsci 1955, S. 8

15 Auch beim Historischen Kompromiss nicht berücksichtigt.

16 Gramsci, Antonio: *Quaderni del Carcere* (Gefängnishefte) Edizione critica, Turin 1975, S. 1551. An Gramscis Formulierungen ist zu sehen, dass ihm im Gefängnis eine «Systematisierung der Gedanken unmöglich» war, er sich nur in Vergleichen, Fragmenten und Aphorismen äußern konnte. S. a. Holz, Hans Heinz: *Das historische Subjekt und der kollektive Wille*, Weißenseer Blätter (WBL) Berlin, 4/2002.

bürgerlichen Lagers, einschließlich der herrschenden Kreise des Landes, was nach dem Sturz Mussolinis die Bildung des CLN ermöglichte.

Togliatti hatte zunächst Schwierigkeiten, seine Konzeption durchzusetzen. Sie stieß auf Widerspruch nicht nur in der IKP, sondern auch bei den Sozialisten und Aktionisten, die ein Bündnis mit der Monarchie, die Mussolini nicht nur mit zur Macht verholfen, sondern auch über 20 Jahre zu den Trägern der faschistischen Diktatur gehörte hatte, ablehnten. Ihre Zustimmung zu Togliattis Konzeption banden diese Kreise schließlich an die Bedingung des sofortigen Rücktritts des Königs, der einen Verzicht auf die Monarchie und die Anerkennung der Republik einschließen sollte.¹⁷

Luigi Longo, in der Partisanenarmee stellvertretender Befehlshaber, unterstützte Togliatti, indem er einschätzte: «Wir haben Badoglio als antideutsche Kraft anerkannt, aber daraus keine politischen und organisatorischen Schlussfolgerungen gezogen. (...) Darüber hinaus haben wir ihn nur nach dem beurteilt, was er politisch und gesellschaftlich repräsentiert, nicht aber überlegt, was er an mobilisierenden Kräften vertritt (auch wenn sie noch nicht mobilisiert sind). Wir haben nur die politischen Unannehmlichkeiten einer Zusammenarbeit mit Badoglio gesehen, nicht aber die Schwäche eines nationalen Befreiungskrieges ohne die von ihm kontrollierten und beeinflussten Kräfte.» Gleichzeitig hielt Longo auch den Weg für «eine radikale Lösung unter Ausschluss Badoglios» offen, die dann nach dem Einmarsch der Alliierten in Rom durchgesetzt wurde.

Longo erreichte, dass die Partisanenkommandeure Togliatti unterstützen, was ausschlaggebend für die mehrheitliche Zustimmung der Vertreter der antifaschistischen Parteien im CLN in den besetzten Gebieten war. Diese Kräfte führten den bewaffneten Kampf Schulter an Schulter mit monarchistischen Soldaten und Offizieren und verstanden, dass man die Beseitigung der Monarchie und die Anerkennung der Republik nicht in den Mittelpunkt stellen konnte, sondern die gemeinsame Front gegen die deutschen Okkupanten und ihre Vasallen der Salò-Republik. Indem die IKP die Staatsform zunächst offen ließ, betonte sie gleichzeitig ihren grundsätzlich antifaschistischen Standpunkt, wonach die Nachkriegsordnung «die Liquidierung all dessen beinhalten» müsse, «was an reaktionären und faschistischen Kräften verbleibt», und ließ auch keine Zweifel an ihren sozialistischen Zielen aufkommen.¹⁸

17 Togliatti 1977, S. 12 ff. ; Di Nolfo, S. 89 ff.

18 *la Nostra Lotta*, Nr. 5/6, März 1944

Der zweite Schritt der «Wende von Salerno» erfolgte nach der Einnahme der Hauptstadt durch die Alliierten am 4. Juni. Einer Forderung des CLN entsprechend musste der König abdanken. Als neuer Kompromiss wurde, auch das wiederum auf Initiative der IKP, die Ernennung von Kronprinz Umberto zum Statthalter vereinbart und die Entscheidung über die Staatsfrage durch ein Referendum nach Kriegsende vertagt. Gleichzeitig zwang das CLN Badoglio zum Rücktritt und berief den Liberalen Ivanhoe Bonomi zum Ministerpräsidenten. Mit der Ernennung durch das CLN wurden diese Rechte des Königs, darunter auch die generelle Funktion des Staatsoberhauptes, dem Statthalter verwehrt. Die Alliierten akzeptierten diese auch in der Zukunft geübte Praxis. Sie stimmten ebenso der Entscheidung der Regierung Bonomi zu, das CLN in Norditalien in den noch besetzten Gebieten als Organ mit Regierungsvollmachten einzusetzen. Außerdem wurden am 7. Dezember 1944 mit dem «Römischen Protokoll» offizielle Beziehungen zwischen der Partisanenarmee und dem anglo-amerikanischen Kommando hergestellt. Die Durchsetzung der Konzeption Togliattis führte insgesamt dazu, dass die IKP zur mehrheitlich anerkannten führenden Kraft der Resistenza und ihres Führungsorgans, des CLN wurde.¹⁹

Mit der «Wende von Salerno» entstand de facto Gramscis *Blòco storico*, fast in größeren Dimensionen, als sein theoretischer Begründer gedacht hatte. Wenn die IKP in der Nachkriegsentwicklung versuchte, in ihrer Bündnispolitik gegen die faschistische Gefahr vom Jahr 1944 auszugehen, ist jedoch die historisch konkrete Situation zu sehen. In Salerno entstand eine Allianz, die sich in erster Linie gegen die deutschen Okkupanten richtete, für welche die Faschisten der Salò-Republik nur noch Erfüllungsgehilfen waren. Die Stoßrichtung gegen Hitlerdeutschland ermöglichte die Einbeziehung großbourgeoiser Kreise und der Monarchie in das nationale Bündnis und erleichterte es vielen Soldaten und Offizieren der Mussoliniarmee, die nach dem Sturz Mussolinis wieder dem Oberbefehl des Königs unterstellt worden war, sich der Resistenza anzuschließen. Als dieses Ziel mit dem Sieg über den Faschismus wegfiel, verlor das Bündnis seinen wesentlichen Inhalt und brach auseinander.

Schließlich ist bei der Durchsetzung der «Wende von Salerno» der Einfluss der IKP in der Partisanenarmee zu sehen. In den befreiten Gebieten, darunter zeitweise zwei Partisanenrepubliken, übten die örtlichen CLN überwiegend mit Kommunisten und Sozialisten an der Spitze

19 Secchia/Frassati, S. 860 ff.; Battaglia/Garittano, S. 243 ff.

die Macht aus und leiteten antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen ein. Die Partisanenarmee wuchs bis zum Ende des Kriegs auf 256.000 reguläre Kämpfer an. Die IKP stellte mit ihren Garibaldi-Brigaden davon 155.000 und brachte mit 42.000 von insgesamt 70.000 Gefallenen auch die meisten Opfer. Mit den Kampfhandlungen, die sie in der Endphase des Krieges in ganz Norditalien führte, bewies sie ihre Fähigkeit zum Handeln als eine reguläre Armee, welche die Hauptkraft der Resistenza bildete.²⁰

2. Die Resistenza

Die IKP ging aus der Resistenza als die politisch einflussreichste Kraft hervor, was sich vor allem aus ihrer Rolle im bewaffneten Kampf ergab. Mit etwa zwei Millionen Mitgliedern war sie auch die zahlenmäßig stärkste Partei. Sie stellte keine sozialistischen Forderungen als aktuelle Aufgabe, verlangte jedoch eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die das Eigentum des Großkapitals und der Großagrarien durch Nationalisierungen und eine Agrarreform beschneiden sollte.²¹ Die führenden Kapitalkreise und das Königshaus lehnten diese von der ISP und der PdA unterstützten Forderungen entschieden ab. Es begann die Umgruppierung der Klassenkräfte. Aus einem Teil der Verbündeten im antifaschistischen Kampf – vor allem großbürgerliche Kreise und Monarchisten – wurden in der neuen Etappe Gegner. Die DC, nunmehr führende Partei der Großbourgeoisie, und die Liberalen forderten bereits im Mai 1945 von der Besatzungsmacht die Entwaffnung der Partisanenarmee, um den örtlichen und regionalen CLN, die in Norditalien die faktischen Machtorgane bildeten, ihre entscheidende Stütze zu nehmen.²² Ein Kongress der CLN des Nordens hatte kurz vorher betont, die Regierung müsse sich bis zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung bei der Ausübung gesetzgeberischer Gewalt auf die CLN stützen. Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es im Juni 1945 bei der Berufung eines neuen Ministerpräsidenten an Stelle des Liberalen Bonomi, der über keine konsensfähige Mehrheit mehr verfügte. IKP und ISP schlugen Pietro Nenni vor, den die DC ablehnte; diese benannte Alcide De Gasperi, den ihrerseits die Linken nicht akzeptierten. Mit der Beru-

20 Secchia/Frassati, *passim*

21 Ricostruere, *Resoconto del Congresso economico del PCI*, Rom 1948, *passim*; ausführlich Koppel, S. 94 ff.

22 Ferrara, S. 71; Di Nolfo, S. 127 ff.

fung Ferruccio Parrisi von der PdA wurde ein Kompromiss geschlossen. Parrisi blieb allerdings nur sechs Monate im Amt. Mit knapper Mehrheit setzte die DC dann De Gasperi durch.

In dieser Situation fanden im März 1946 in 5.722 von insgesamt 7.294 Städten und Gemeinden Kommunalwahlen statt. Die Hoffnung der großbürgerlichen und rechten Kreise, den Einfluss der Linken entscheidend zurückzudrängen, erfüllte sich nur begrenzt. Die DC erreichte etwa 50 Prozent, während IKP und ISP auf 40 kamen. Die restlichen etwa zehn Prozent entfielen vor allem auf die Liberalen und die faschistische Sammlungsbewegung *Uòmo Qualunque* (Jedermann), die unter den Augen der Besatzungsmacht bereits im August 1945 an die Öffentlichkeit getreten war.²³ Die DC verfügte in 2.534 Kommunen, die IKP und ISP in 2.289 über eine Mehrheit. In 28 von 93 Provinzhauptstädten stellte die IKP oder die ISP den Bürgermeister, darunter in Genua, Turin, Bologna und Florenz.

Zu harten Auseinandersetzungen kam es vor dem Referendum über die Staatsform, in dem es darum ging, die Monarchie als einen Träger der faschistischen Diktatur von 1922 bis 1943 zu beseitigen. Gegen die für den 2. Juni angesetzte Abstimmung begannen die Monarchisten, unterstützt von Faschisten und dem faschistenfreundlichen Papst Pius XII., eine wütende Hetze. Mit der Ausrufung des Prinzregenten zum König Umberto II. am 9. Mai wurde das Abkommen über die Staatshalterschaft gebrochen. Im Referendum erzielte die Resistenza mit 12.717.923 Stimmen für die Republik (54,3 Prozent) ihren letzten Sieg. Immerhin sprachen sich 10.719.284 (45,7 Prozent) für die Monarchie aus, darunter nicht wenige Anhänger der DC. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zur Konstituante erreichten die DC 35,2, die ISP 20,7 und die IKP 18,9 Prozent. Die PdA kam nur auf 1,5, *Uòmo Qualunque* erzielte 5,3 Prozent. Die restlichen Stimmen entfielen auf zehn verschiedene, kleinere Parteien.

Monarchisten und Faschisten entfesselten im ganzen Land, vor allem aber im Süden, wo unter dem kaum von Faschisten gesäuberten Staatsapparat eine Mehrheit für das Königshaus gestimmt hatte, blutige Auseinandersetzungen, um wegen angeblicher «Unregelmäßigkeiten» eine Annullierung der Referendumsergebnisse durchzusetzen. Als Kommunisten und Sozialisten Massendemonstrationen für die Republik orga-

23 *Uòmo Qualunque* war bereits im Dezember 1944 von dem reaktionären Bühnenauteur der Salò-Republik Guglielmo Giannini als angeblich vom Faschismus unabhängige Organisation und Zeitung gegründet worden.

nisierten, floh Umberto ins faschistische Spanien, von wo aus er weiter gegen die Republik hetzte. Als die Königsfamilie und ihre Anhänger bei ihrer feindseligen Haltung gegenüber der Republik blieben, wurden sie des Landes verwiesen und in der Verfassung für die männlichen Savoyer ein Rückkehrverbot festgeschrieben. Forderungen nach einem Verbot der Monarchistischen Partei fanden in der Verfassungsgebenden Versammlung keine Mehrheit.

3. Kapitalistische Restauration

Im Ergebnis der Resistenza ergab sich die Möglichkeit einer linken Regierung mit IKP und ISP an der Spitze. Um das zu verhindern, verbündeten sich die USA, die ihre Besatzungstruppen im Lande stehen hatten, mit den italienischen Rechtskräften zu einer reaktionären Allianz, die der Vatikan aktiv unterstützte.²⁴ In dieses Bündnis wurden die Faschisten einbezogen, die sich so als Bewegung weitgehend intakt über ihre Niederlage hinweg retten und unter den Bedingungen des republikanisch-parlamentarischen Systems sofort wieder aktiv werden konnten. Roberto Faenza und Marco Fini schrieben in «Die Amerikaner in Italien»: «Während es das State Department und die amerikanischen Gewerkschaften waren, die direkt den <demokratischen> Parteien von den Christdemokraten bis zu den Sozialdemokraten halfen (also sie finanzierten), wurden hauptsächlich die Militär- und Geheimdienste beauftragt, die Rechten zu unterstützen (also sie zu bewaffnen und zu besolden)».²⁵ In dem in Paris am 10. Februar 1947 geschlossenen Friedensvertrag lehnten die USA für Italien die von der UdSSR geforderte Klausel ab, niemals wieder faschistische Organisationen zu erlauben und Kriegsverbrechen nicht ungesühnt zu lassen.²⁶

Im Vorfeld des Kalten Krieges ging es den USA darum, sich Italien als ihre Einflussosphäre und Südflanke der künftigen NATO zu sichern. Die US-Militärregierung beseitigte die in Norditalien durchgesetzten antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften und unterstützte die Restauration der angeschlagenen Herrschaft des Kapitals. Im Dezember 1946 half Washington Alcide De Gasperi, der über das Image eines Antifaschisten verfügte, an die Spitze der Regierung, wo er den gewünsch-

24 Tondi, *passim*; Panerai, *passim*

25 Faenza/Fini, S. 261 ff.

26 ND, 9./10. Febr. 2002

ten antikommunistischen Kurs einschlug. Nachdem im Januar 1947 die Rechtssozialisten unter Saragat sich von der ISP abgespalten hatten und im März die Truman-Doktrin verkündet worden war, wurden im Mai die Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung vertrieben. Ihre Ausschaltung aus dem Kabinett hatten die USA als Bedingung für die Gewährung ihrer Auslandshilfe gestellt.²⁷ Im Juni 1947 stimmte die Regierung dem Marshallplan zu. Im April 1949 folgte die Teilnahme an der NATO-Gründung und im Januar 1950 der erste Vertrag über Militärstützpunkte für die USA.

Ein schwerer Schlag gegen die Arbeiter- und demokratische Bewegung erfolgte im September 1949 durch die Spaltung der Einheitsgewerkschaft *Confederazione Generale Italiana del Lavoro* (CGIL), die zur Bildung der *Unione Italiana Lavoratori* (UIL) und der *Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi* (CISL) führte. Wie der *Corriere della Sera* 1975 enthüllte, war die Spaltung der CGIL, wie vorher die Abspaltung der Saragat-Fraktion von der ISP, vor allem das Werk der CIA.²⁸ Die UIL entwickelte sich zu einer katholisch beeinflussten Organisation, die CISL dominierten die Sozialdemokraten und später vor allem die Sozialisten. Die CGIL blieb jedoch mit über vier Millionen Mitgliedern die mit Abstand nicht nur zahlenmäßig stärkste, sondern auch politisch einflussreichste Gewerkschaft. Sie stand der IKP nahe, so lange diese existierte.

Im Bündnis mit den Kräften der inneren Reaktion verhinderten die USA eine Säuberung des Staatsapparates, des politischen Lebens und der Wirtschaft von Faschisten. Der staatliche Verwaltungsapparat blieb größtenteils in den Händen entweder direkt faschistischer oder profaschistischer Kräfte. Im militärischem Bereich ordnete die Militärregierung die Auflösung der Partisanenarmee an. Für den Aufbau der bewaffneten Kräfte der Republik (Armee, Polizei, Geheimdienste) wurden überwiegend faschistische Offiziere verwendet sowie solche, die sich dem Restaurationskurs der reaktionären Kräfte unterordneten.²⁹

Weitgehend unangetastet wechselte der faschistische Justizapparat in den Dienst der Republik. Bereits im Juni 1945 löste die Militärregierung das «Hohe Kommissariat zur Verfolgung von Regimeverbrechen» auf. Die meisten der aktiven Faschisten, die in der eingeleiteten – aber bald abgebrochenen – Phase der Entfaschisierung vor Gericht gestellt worden waren, wurden freigesprochen bzw. die Urteile aufgehoben oder die

27 Alf, S. 84

28 *Corriere della Sera* (Mailand), 8. März 1975

29 *Italia 1945-1975. Fascismo, Antifascismo, Resistenza, Rinovamento*. Mailand 1975, S. 335 ff.

Betroffenen amnestiert. Das betraf den Großteil von 11.800 führenden Faschisten, die von «mit ihrer Ideologie eng verbundenen Richtern, vor allem Berufsrichtern, freigelassen wurden. Darunter befand sich fast der gesamte Stab der Salò-Republik».³⁰ Heftig umstritten war unter der Basis der Arbeiterparteien und den Partisanen die 1947 beschlossene Amnestie der «nationalen Befriedung», der Togliatti als Justizminister zustimmte. Der Erlass sah vor, die Faschisten, die «wichtige öffentliche, politische oder militärische Führungsfunktionen» innegehabt hatten, von der Amnestie auszuschließen. Nach den Prozessakten jener Jahre, schrieb der kommunistische Jurist und Verfolgte des Faschismus, Alberto Malagugino, «hat jedoch kein Faschist je wichtige politische oder öffentliche Funktionen innegehabt, selbst die Minister der Repubblica Sociale nicht».³¹ Zu den Freigelassenen gehörte beispielsweise der Chef der berüchtigten Decima Maas, der zur Partisanenbekämpfung eingesetzten 10. italienischen Torpedoboot-Flottille, Fürst Valerio Borghese, der wegen wenigstens 800-fachen Mordes verurteilt worden war.³² Zu beträchtlichen Teilen übernahm die Republik auch die faschistische Gesetzgebung.³³

Ihren vorläufigen Abschluss fand die Etappe der Reorganisation des Faschismus mit der offiziellen Wiedergründung der Mussolini-Partei am 26. Dezember 1946 in Rom durch führende Faschisten mit dem Staatssekretär des Duce, Giorgio Almirante, an der Spitze. Der führende Rassenideologe hatte noch kurz vor Kriegsschluss einen «Genickschuss-erlass gegen Partisanen» unterzeichnet. Die Gründer taufte die Partei auf den Namen Movimento Sociale Italiano,³⁴ was eine Beziehung zur Repubblica Sociale Italiano und – durch das M in der Abkürzung MSI – zum Namen Mussolinis verkörpern sollte.³⁵ Zu ihren Grundlagen nahm die Sozialbewegung das faschistische Parteiprogramm von 1919 und die als «Manifest von Verona» bekannte Erklärung Mussolinis anlässlich der Ausrufung der RSI. Zum Nationalsekretär wurde Almirante und zum

30 Barbieri, S. 8 f. und 18 f.

31 Italia, S. 427

32 Canossa, S. 142 ff.

33 Darunter fiel der Paragraph 113 des faschistischen Gesetzes über die öffentliche Ordnung aus dem Jahre 1931, der noch heute in Kraft ist und Grundlage des Einsatzes der Berlusconi-Polizei und ihrer blutigen faschistischen Ausschreitungen gegen die Proteste während des G8-Gipfels im Juli 2001 in Genua war.

34 Italienische Sozialbewegung. Es wird durchgängig der deutsche Artikel benutzt

35 La Rivolta ideale, Rom, Dezember 1946

Parteivorsitzenden Borghese gewählt. Mit der MSI entstand die verbotene Mussolinipartei wieder, was gegen eine Übergangsbestimmung der Verfassungsgebenden Versammlung verstieß, die lautete: «Wer die aufgelöste faschistische Partei in irgendeiner Form, sei es als Partei, Bewegung oder paramilitärische Organisation, wieder gründet und militärische oder paramilitärische Gewalt als Mittel für den politischen Kampf anwendet sowie die Ziele der aufgelösten faschistischen Partei verfolgt, wird mit Gefängnis von zwei bis 20 Jahren bestraft.»³⁶

1947 war die Partei in fast allen Regionen³⁷ organisiert und schuf Jugendgruppen, Verbände der RSI-Kämpfer und andere faschistische Zweigorganisationen. Allein ihre Gewerkschaft CISNAL zählte rund eine Million Mitglieder. Insgesamt verfügte die MSI aufgrund ihrer Organisationsstruktur, ihrer straffen Disziplin und ihres Befehlssystems schon bald über einen gut funktionierenden und für Straßenaktionen jederzeit einsetzbaren Apparat. In den 60er Jahren zählte sie rund 300.000 Mitglieder und verfügte über 4.335 Sektionen (Basisorganisationen). Nach ihrem Zusammenschluss mit der Monarchistischen Partei 1972 stieg ihre Mitgliederzahl auf 400.000 an.³⁸

Unangetastet blieb auch die ökonomische Macht des Großkapitals, die 20-jährige Basis des Faschismus. Dank des Eingreifens der USA wurden alle Versuche, sie einzuschränken, verhindert. Ein Beispiel war die Sabotage einer antifaschistisch-demokratischen Finanzpolitik und der Währungsreform, mit denen die Konzerne zusätzlich besteuert, die Regime- und Kriegsgewinnler finanzpolitisch verfolgt, spekulative Gewinne konfisziert, damit eine inflationäre Entwicklung gestoppt und die Lasten des Wiederaufbaus primär auf die besitzenden Klassen verteilt werden sollten. Die US-Militärbehörden brachten faschistische Industrielle vor der Strafverfolgung durch das CLN in Sicherheit.³⁹ Die Militärregierung löste die vom CLN in Norditalien eingesetzten Fabrikräte auf. Die abgesetzten Direktoren bzw. die Unternehmer kehrten auf ihre Posten zurück.

36 Barbieri, S. 24 f. ; Costituzione Italiana, Turin 1975, S. 101

37 Die italienische Verwaltungsgliederung umfasst Regionen (den deutschen Bundesländern vergleichbar), Provinzen, Städte und Gemeinden.

38 Ausführlicher zur MSI-Gründung und ihrem weiteren Werdegang Feldbauer 1996, S. 31 ff.

39 Ferrera, S. 124 f.

4. Flügelkämpfe in der Democrazia Cristiana

Seit der Berufung De Gasperis zum Ministerpräsidenten führte die DC als großbürgerliche Partei, bis sie 1992/93 im Korruptionssumpf unterging, fast ununterbrochen die Regierungen an.⁴⁰ Sie entstand unter dem Namen Partito Popolare Italiano (PPI) im Juni 1919 auf Initiative des Priesters Don Luigi Sturzo, um auf der Grundlage der Verankerung im Katholizismus und eines klassenübergreifenden Konzepts eine gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gerichtete Partei der Mitte zu schaffen. Dank der Unterstützung des Vatikans gelang es ihr, vor allem mittelständische Schichten und Bauern zu gewinnen und bei den Wahlen im November 1919 mit 20,6 Prozent den dritten Platz zu belegen. Die Kurie, die den Marsch auf Rom unterstützt hatte, bildete auch danach eine wichtige Stütze Mussolinis, während sich in der PPI ein antifaschistischer Flügel herausbildete. Auf Betreiben des Vatikans wurde Don Sturzo entmachtet und die Volkspartei 1925 für aufgelöst erklärt.⁴¹ Der nach dem Mord an dem Sozialistenführer Giacomo Matteotti im Juni 1924 wachsende antifaschistische Widerstand zwang den Vatikan zum Lavieren. Offiziell würdigte er «die feste Haltung des Duce», musste aber gleichzeitig verfolgten Funktionären der PPI Zuflucht gewähren. Mit De Gasperi an der Spitze existierte die Volkspartei in Rudimenten de facto weiter und wirkte unter dem Dach der legalen Azione Cattolica, in der sich unter dem bedeutenden katholischen Sozialtheoretiker Giorgio La Pirra ein starker linker Flügel herausbildete.

Im Oktober 1942 in Democrazia Cristiana umbenannt, wurde die Partei zum Sammelbecken der großbürgerlichen Politiker, die mit Hitlerdeutschland brechen wollten. Der Name Volkspartei war den Organisatoren der Palastrevolte zu suspekt. Nach dem Sturz des Duce gehörte die DC dem CLN an und trat mit IKP, ISP und anderen Oppositionsparteien 1944 in die antifaschistische Einheitsregierung ein. Ihre Verankerung im Katholizismus, aber auch ihr antifaschistisches Image und eine bis in die 70er Jahre hinein starke linke Strömung sicherten der DC, wenn auch mit einem schrumpfenden Wähleranteil von 48,5 Prozent (1948) auf 29,2 (1992), eine Massenbasis auch unter den Arbeitern. Neben zwischen den Fronten lavierenden Strömungen bildete sich nach

40 Fakten zur Parteigeschichte aus DC-Sicht siehe Dané, *passim*. Zum Untergang der DC Feldbauer 1996, S. 140 ff.

41 Don Sturzo war bis Ende 1922 Generalsekretär, danach bis zur Auflösung Mitglied des Dreierdirektoriums.

1945 ein starker rechter und linker Flügel heraus. Durch den Übertritt zahlreicher Mussolini-Faschisten in die DC entstand ein schwarzer Rand.⁴² Vor allem, aber nicht nur, von diesem ging das Paktieren von DC-Rechten mit der MSI aus. Den Parteirechten gelang es erst, nachdem Moro ausgeschaltet worden war, den linken Einfluss entscheidend zurück zu drängen und in der Partei durchgängig eine Rechtswende zu vollziehen, die dazu beitrug, der heutigen profaschistischen Regierung unter Berlusconi den Weg zu bereiten.

5. DC-Rechte paktieren mit Faschisten

In verheerender Weise zeigte sich der reaktionäre Kurs der DC-Rechten im Paktieren mit den MSI-Faschisten. 1950 empfingen Staatspräsident Einaudi und Ministerpräsident De Gasperi eine Delegation der MSI-Führung. 1953 erhielt das Kabinett Pella, eines zur DC gewechselten Mussolini-Faschisten, 1957 die Regierung Zoli und danach die von Antonio Segni nur mit den Stimmen der MSI die erforderliche Mehrheit. 1960 versicherte sich Fernando Tambroni, ein früherer Hauptmann der Miliz der RSI, seit 1926 Mitglied der Mussolinipartei und nunmehriger

der Regionen und Provinzen sowie in Städten und Gemeinden vor allem im Mezzogiorno, dem Süden des Landes, Fuß fassen. Ihre Wahlergebnisse wuchsen 1972 in vier Regionen auf 15 und mehr Prozent an. In 47 von insgesamt 100 Provinzhauptstädten war sie in den Parlamenten mit Ergebnissen zwischen zehn und 35 Prozent vertreten. In den Regionen Kampanien, Apulien, Sizilien und Sardinien regierte die DC mehrere Legislaturperioden mit der MSI oder erhielt deren Unterstützung. In fast allen Provinzstädten sowie in 1.500 Städten und Gemeinden war die MSI mit etwa 40.000 Ratsmitgliedern vertreten. In über 100 Städten und Gemeinden stellte sie die Bürgermeister und in zahlreichen weiteren wurden die Stadtoberhäupter der DC mit ihren Stimmen gewählt.⁴⁴ Auf zentraler Ebene belegte die MSI mit Stimmen zwischen 5,9 und 6,8 Prozent, zeitweise auch zirka neun Prozent⁴⁵, den vierten Platz im Parlament, ehe sie 1994 mit 13,4 Prozent den dritten erreichte. Um das Paktieren zu kaschieren, legte DC-Innenminister Mario Scelba ein Gesetz (Legge Scelba) vor, nach dem die MSI und ihre paramilitärischen Organisationen gemäß der Verfassung aufgelöst werden sollten.⁴⁶ 1952 verabschiedet, wurde es nie gegen die MSI angewendet.

Zur Wahrung eines Restes von antifaschistischem Konsens einigten sich die bürgerlichen Parteien mit der IKP und ISP darauf, die MSI an keiner zentralen Regierung zu beteiligen. Man sprach von den Parteien des Arco Costituzionale, von dem die MSI ausgeschlossen blieb. Der Verfassungsbogen erwies sich – lange, bevor er im April 1994 mit der erstmaligen Aufnahme der MSI in eine italienische Nachkriegsregierung auseinanderbrach – als ein brüchiger Konsens, der dazu diente, die Gefahr des Faschismus zu verdecken.

Maßgeblicher Repräsentant des rechten DC-Flügels wurde der siebenmalige Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit Giulio Andreotti. Vom Image seiner Teilnahme an der Resistenza profitierend, stand er mehrfach auch an der Spitze linker Zentrumsregierungen und konnte sich so lange Zeit als Mann der Mitte und des Ausgleichs vorstellen. Der Gewährsmann Washingtons, Vertraute des Vatikans und Komplize der Mafia stieg zur Schlüsselfigur des Mordkomplotts gegen Moro auf. Während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister (1956-62) erfolgte der Aufbau der CIA-geführten geheimen NATO-Truppe Gladio, die bei al-

44 I Giorni, passim

45 1972 nach der Vereinigung mit der Monarchistischen Partei

46 Legge 20 Giugno 1952, n. 645, Gazzetta Ufficiale, Roma; 23. Juni 1952, Nr.

len Putschversuchen zur Errichtung eines Regimes faschistischen Typs die Fäden in der Hand hielt. Als Zentrale der Umsturzaktionen fungierte die ebenfalls von der CIA geschaffene Geheimloge Propaganda due (P2). Während an ihrer Spitze formell der Altfaschist und Geheimdienstagent Mussolinis Licio Gelli stand, galt als ihr eigentlicher Chef Andreotti. Im November 2002 verurteilte ein Berufungsgericht in Perugia (Umbrien) ihn wegen Anstiftung zum Mord an dem Herausgeber des Nachrichtenmagazins *Osservatore politico*, Mino Pecorelli, zu 24 Jahren Gefängnis. Pecorelli war von zwei Mafia-Killern am 20. März 1979 erschossen worden, nachdem er Enthüllungen über Andreottis Rolle als Verantwortlicher für den Mord an Moro angekündigt hatte.⁴⁷

6. Enrico Mattei, ein Großindustrieller gegen Washington

Im Ergebnis der Resistenza entstand in der DC eine «Initiativa Democratica» als linker Flügel. Es handelte sich um eine Gruppe, die nach der Niederlage des Faschismus für eine soziale Erneuerung der Gesellschaft auf christdemokratischen Grundlagen eintrat. Aldo Moro gehörte von Beginn an zu ihren führenden Köpfen. Es ging den Erneuerern um antifaschistisch-demokratische Veränderungen, bei denen sie in vielen Fragen mit den Sozialisten und Kommunisten übereinstimmten. Ihre sozialen Reformen gingen von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus. Damit wollten sie den in der Arbeiterbewegung vorherrschenden Sozialismusvorstellungen eine christliche Alternative entgegenstellen. Diese Kräfte wendeten sich mehrheitlich sowohl gegen den proamerikanischen und auf konservativen Grundlagen von De Gasperi eingeschlagenen antikommunistischen Kurs der kapitalistischen Restauration als auch gegen die erbitterte Frontstellung gegen die Linke insgesamt und traten dafür ein, die Regierungszusammenarbeit mit IKP und ISP fortzusetzen. Noch vor Moro wurde der Großindustrielle des staatlichen Sektors Enrico Mattei zu einem ihrer führenden Repräsentanten. Er fiel am 27. Oktober 1962 einem Mordanschlag der CIA zum Opfer.

Der 1906 geborene Mattei, ein Ingenieur und Chemieunternehmer, gehörte als Kommandeur einer Partisanenbrigade zu den führenden katholischen Antifaschisten. Ferruccio Parri betraute ihn mit der Funktion des Regierungsbeauftragten für das Erdölunternehmen Agip, aus

⁴⁷ Pecorelli, Francesco/Sommella, Roberto: *I Veleni di «OP»* (Die giftigen Nachrichten des «OP»), Mailand 1994, passim, besonders S. 73 ff.

dem 1953 die staatliche Energiegesellschaft ENI hervorging, der Mattei das Monopol sicherte. Als Präsident der ENI verfügte er über eine strategisch entscheidende Position der Wirtschaft und als Mitglied der Abgeordnetenversammlung über eine bedeutende politische Funktion.

Mattei weigerte sich, die ENI der Herrschaft der US-amerikanischen Standard Oil unterzuordnen. Um Italien aus deren Abhängigkeit zu lösen, schloss er Lieferverträge mit der Sowjetunion, die vorsahen, 30 Prozent des Landesbedarfs zu sichern. Weiteren Bedarf deckte er durch Abkommen mit arabischen Staaten. Das berührte, von den Profiten, die der Standard Oil entgingen, einmal abgesehen, die Versorgung der in Italien dislozierten NATO-Verbände und der im Mittelmeer operierenden 6. US-Flotte, für welche die ENI zuständig war.

Für Washington war Mattei ein «der gefährlichsten Feinde», seine Energiepolitik «eine Bedrohung der amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Positionen in Italien und im Nahen Osten».⁴⁸ Mattei trat gegen den italienischen NATO-Beitritt auf und nachdem dieser erfolgt war, für den Austritt. Eine Anzahl Großindustrielle, darunter FIAT-Chef Agnelli, brachten seinem Kurs bezüglich der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Interesse entgegen. Diese Haltung, die darauf abzielte, Italien aus der Blockkonfrontation mit dem ständigen Risiko des Übergangs in eine weltweite militärische Auseinandersetzung herauszuhalten und eine neutrale Position zu bewahren, wurzelte in dem Standpunkt, den pragmatische Kapitalkreise bereits im Ersten Weltkrieg, in dem das Land bis Mai 1915 neutral geblieben war, bezogen hatten. Im Zweiten Weltkrieg, der unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen stattfand, schied Italien im Herbst 1943 aus der faschistischen Achse aus. Wiederum wollten die herrschenden Kreise danach neutral bleiben. Erst auf entschiedenen Druck der antifaschistischen Bewegung trat Italien dann auf die Seite der Antihitlerkoalition über.

Der ENI-Chef, der in der IKP und der ISP, aber auch in seiner eigenen Partei als Präsidentschaftskandidat zur Diskussion stand, unterstützte nicht nur Moros Absicht, die Sozialisten wieder in die Regierung aufzunehmen, sondern plädierte bereits 1955 für eine «Lösung der kommunistischen Frage über kraftvolle soziale und ökonomische Reformen».⁴⁹ James King, Sonderbotschafter Präsident Kennedys, berichtete aus Rom, «dass Mattei eine effektive Kontrolle über die Regierung» ausübe.⁵⁰ Für

48 Faenza, S. 295, 321

49 Panorama, Mailand, 2. Dez. 1990

50 Faenza, S. 278

die CIA war der Bericht letzter Anlass, den «Fall Mattei» auf ihre Weise «zu lösen». Bereits im Januar 1962 kam es zu einem ersten Attentatsversuch, der jedoch scheiterte. Der nächste Anschlag am 27. Oktober gelang. Mit seinem Privatflugzeug stürzt der ENI-Chef bei Pavia ab.

Der Tod Matteis brachte für Washington mit einem Schlag die Lösung aller Probleme.⁵¹ Der Befürworter einer sozialverträglichen Lösung der «kommunistischen Frage» war ausgeschaltet. Unter dem nun wachsenden Einfluss der proatlantischen Kreise wurde in Rom postwendend ein ENI-Nachfolger ganz nach dem Geschmack der Standard Oil ernannt: Eugenio Cefis, Finanzier der Faschisten im Geflecht der von der CIA zur Ausschaltung der Kommunisten betriebenen Spannungsstrategie. Er unterzeichnete bereits im März 1963 ein neues langfristiges Abkommen, in dem die italienische Ölversorgung wieder ganz unter die Kontrolle der Standard Oil gestellt wurde.⁵²

7. Moros Reformkonzept

Der 1916 in der Kleinstadt Maglie im südlichen Apulien geborene Aldo Moro kam aus einer ländlichen Pädagogenfamilie. Der Vater Schulinспекtor, die Mutter Elementarschullehrerin. Der begabte Schüler studierte Jura an der Universität von Bari, an der er anschließend promovierte, sich habilitierte und später eine Professur für Strafrecht übernahm. Seit 1943 gehörte er der DC an. In Moros Bewusstsein hatte sich das einheitliche nationale Handeln während der Resistenza tief niedergeschlagen. Davon ausgehend ging es ihm während seiner Regierungszeit und als DC-Vorsitzender darum, seiner Partei und damit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem, das sie repräsentierte, eine stabile Regierungsmehrheit zu verschaffen. Das hielt er nur durch die Einbeziehung zunächst der Sozialisten und später der Kommunisten für möglich.⁵³

Moro reifte frühzeitig zu einem außerordentlich fähigen Politiker mit Sinn für die Probleme des eigenen Landes wie auch für internationale Fragen heran. Er galt als volksverbunden und war, geradezu ein Novum in der italienischen Politik, niemals in einen Bestechungsskandal verwickelt. 1946 in die Konstituante gewählt, gehörte er danach bis zu seinem Tod ununterbrochen der Abgeordnetenversammlung an. Er stand fünf-

51 New York Times, 28. Okt. 1962

52 Ausführlich zu Mattei Feldbauer 2000, S. 19 ff.

53 Moro, S. 458 f. ; La Rocca, S. 23 ff.

mal der Regierung vor, wurde 1948 das erste Mal zum Staatssekretär ernannt, danach mehrmals zum Außenminister und Chef anderer Kabinettsressorts. Für die 1979 anstehenden Präsidentenwahlen galt er als aussichtsreichster Kandidat seiner Partei.

Als Gegner der NATO blieb er am 27. März 1949 demonstrativ der Parlamentssitzung fern, die den Beitritt beschloss. De Gasperi schloss ihn deswegen aus dem Kabinett aus. Viele Politiker hielten seine Karriere für beendet. Die DC bezahlte jedoch bei den Parlamentswahlen 1953 den pro-atlantischen Kurs De Gasperis mit einer schweren Niederlage. Von 48,5 Prozent (1948) sackte sie auf 40,1 ab. Während De Gasperi abdankte, kehrte Moro in die Politik und 1955 in die Regierung zurück. Vor den Wahlen hatten die DC-Rechten⁵⁴ einen Gesetzentwurf für eine Rückkehr zum reaktionären Mehrheitswahlrecht eingebracht, der in verblüffender Weise dem ähnelte, mit dem Mussolini sich 1924 in einer betrügerischen Scheinwahl eine Mehrheit gesichert hatte. Er sah vor, der Parteienkoalition (die DC wollte im Bündnis mit Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern antreten) die über 50 Prozent erreicht, zwei Drittel aller Parlamentssitze zuzusprechen.⁵⁵ Das Gesetz scheiterte am entschiedenen Widerstand, den vor allem IKP und ISP organisierten.⁵⁶

Als Moro 1963 den ersten Auftrag zur Regierungsbildung erhielt, setzte er die erste *apertura à sinistra* durch und nahm die Sozialisten wieder in das Kabinett auf. Die Parlamentswahlen 1976 stürzten die DC erneut in die Krise. Sie selbst konnte zwar ihre Stimmen halten, aber die Sozialisten erreichten nur noch 10,2 Prozent der Stimmen, während die der IKP sprunghaft um 7,3 auf 34,4 Prozent stiegen. Als DC-Vorsitzender begann Moro nun, die Kommunisten in die Regierungszusammenarbeit einzubeziehen. Gegen die von 12,6 Millionen Italienern gewählte IKP konnte das Land, so Moros Meinung, nicht mehr regiert werden. Das von ihm mit Berlinguer geschlossene Abkommen ging als *Compromesso storico* in die Geschichte ein.⁵⁷

Moro ging in der Öffentlichkeit von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Basis der Regierungszusammenarbeit aus, für die er soziale und ökonomische Reformen für erforderlich hielt. In seinen Aufzeichnungen im Gefängnis der Roten Brigaden (RB) ließ er später ernste Zweifel an der Lebensfähigkeit des von der DC verwalteten kapitalistischen

54 Den Antrag brachte Mario Scelba ein.

55 *I Giorni*, S. 552 ff.; *La Rocca*, S. 24.

56 1993 peitschte Berlusconi, um den Wahlsieg seiner Koalition abzusichern, ein ähnliches reaktionäres Wahlgesetz mit seiner Fernsehdictatur durch.

57 Moro, S. 3160; *Repubblica*, Rom; 14. Okt. 1978

Systems erkennen, wenn er festhielt, «das Regime korrumpiert sich mehr und mehr und frisst sich selbst auf», während er gleichzeitig den Kommunisten den Willen nach «Klarheit und Sauberkeit» bestätigte, der «nicht mehr durch die Democrazia Cristiana blockiert werden kann.»⁵⁸ Moro sah zu dieser Zeit keine Möglichkeit, Italien aus der NATO herauszulösen.⁵⁹ Für realisierbar hielt er es jedoch, Blockkonfrontation und internationale Spannungen abzubauen, für Rüstungsbegrenzung und friedliche Koexistenz einzutreten. Deshalb favorisierte er die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR, wie sie Agnelli mit seinem FIAT-Konzern betrieb, und trat für eine politische Annäherung an Moskau ein. Wie Mattei sah er in der Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten einen traditionellen Schwerpunkt der italienischen Außenpolitik, was für ihn vernünftige Beziehungen zu den Palästinensern einschloss, nicht zuletzt, um auf dieser Basis zur Lösung des Nahostproblems beizutragen. Das waren aber überwiegend Politikfelder, auf denen die Konfrontation mit den USA unausweichlich blieb. Wie in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik war Moro auch in der Innenpolitik ein entschiedener Gegner der massiven Einmischung Washingtons in die italienischen Angelegenheiten und trat für die Wiederherstellung der nach 1945 verlorengegangenen nationalen Souveränität ein. Eine der gemeinsamen Interessenlinien mit Berlinguer war, die italienischen Entscheidungen in der IKP unabhängig von Moskau zu treffen, und die in der DC und damit in der italienischen Politik unabhängig von Washington.⁶⁰

Seitens der IKP sah Moro, ausgehend von deren ideologischen Wandlungen und der Abkehr von Moskau, keine Gefahr einer «kommunisti-

58 Es handelt sich um die sicher nicht vollzähligen Briefe, die Moro im Gefängnis der RB verfasste, sowie um die nach der Entführung veröffentlichten Kommuniqués der RB. Auch die erst 1990 aufgetauchten Aufzeichnungen Moros, die er am Ende seiner Entführungszeit, den Tod vor Augen, niederschrieb, sind nicht vollständig. Siehe Doni, *passim*; Biscione, *passim*; Flamigni 1997, *passim*; zusammengefasst dargelegt in Feldbauer 2000, bes. S. 84 ff.

59 Wichtige Dokumente über Moro werden bis heute nicht freigegeben, so dass auch nicht beurteilt werden kann, ob ihm tatsächlich eine Finnlandisierung Italiens vorgeschwebt hat, ob er Moskau den Austritt Polens aus dem Warschauer Vertrag vorschlug und als Gegenleistung Italiens Austritt aus der NATO bewerkstelligen wollte. Diese Fragen wurden, wenn auch mehr am Rande, auf einer Konferenz der ARCI zu «Politik und Terrorismus in Italien» im September 2002 (an welcher der Autor teilnahm) erörtert. Siehe *jW*, 28./29. Sept. 2002

60 La Rocca, S. 37 ff. ; *Espresso*, Mailand, 6. Sept. 1978

schen Machtergreifung» oder einer kommunistisch dominierten Linksinregierung. Gleichzeitig hoffte er, dass ähnlich wie vorher bei der ISP, ihre in den Massen wurzelnde Überlegenheit abnehmen und sich das in einem Wählerückgang niederschlagen werde, was seiner Partei zugute kommen sollte. In einem Interview für *La Repubblica* verdeutlichte er am 18. Februar 1978 indessen, das Ziel könne nicht darin bestehen, die IKP als politischen Faktor auszuschalten, und wies damit Spekulationen auch im linken Flügel seiner eigenen Partei zurück. Mit großer Rationalität plädierte Moro dafür, die IKP solle ihre «ideologische Herkunft» nicht zu sehr verleugnen, womit er nachgerade vor einer zu starken Sozialdemokratisierung warnte. Er ging davon aus, dass zwei Dinge geschehen könnten: «Ein beträchtlicher Teil ihrer Anhänger würde sie verlassen oder sie würde – mehr oder weniger – ihre jetzige Stärke behalten. Im ersten Fall wäre sie nicht eine wirkliche Alternative zur DC, im zweiten Fall würde sie auch weiterhin trotz aller ideologischen Revisionen, nicht allein ein westeuropäisches NATO-Land regieren können. (...) Aber mit uns und anderen (...) an der Regierung – das ist möglich, sogar notwendig.» Moro räumte offen ein, dass die DC allein das Land nicht mehr «halten» könne und betonte: «Wir müssen dafür sorgen, dass sich die IKP während dieses langsamen Annäherungsmarsches nicht zu sehr schwächt, aber vor allem müssen wir uns darum kümmern, dass die DC nicht zu schwach wird». ⁶¹

8. Die Rückkehr der Sozialisten in die Regierung

Vor Beginn des bewaffneten Aufstandes hatte Togliatti im April 1945 der ISP eine Vereinigung mit der IKP vorgeschlagen. Der «Aufbau eines demokratischen und fortschrittlichen Italiens» erfordere, dass «die Arbeiterklasse all ihre Kräfte vereint», um den reaktionären und konservativen Kräften «den festen und untrennbaren Block der Arbeiterklasse» entgegenzustellen. ⁶² Das Vorhaben scheiterte an der Ablehnung des rechten ISP-Flügels, der sich bereits unmittelbar nach Kriegsende herauszubilden begann. Als dieser sich gegenüber den noch vorherrschenden linken Kräften nicht durchsetzen konnte, spaltete er sich unter

61 Die Veröffentlichung des Interviews war nach der Regierungsbildung vorgesehen. Nach der Entführung und folgenden Ermordung Moros verzichtete die *Repubblica* zunächst auf eine Veröffentlichung, brachte es erst am 14. Oktober 1978. Es ist im Europaarchiv 22/1979 wiedergegeben.

62 Longo/Secchia, S. 340 ff.

Giuseppe Saragat im Januar 1947 von der ISP ab und bildete die Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter, die sich seit 1952 Italienische Sozialistische Demokratische Partei nannte. Die ISDP bezog von Anfang an scharfe antikommunistische Positionen, unterstützte den proamerikanischen Kurs De Gasperis, in dessen Regierung sie nach der Vertreibung der IKP und der ISP im Juni 1947 eintrat und im April 1949 für den Beitritt zur NATO stimmte. Noch vor der Spaltung unterzeichnete Pietro Nenni jedoch im Oktober 1946 ein erneuertes Aktionseinheitsabkommen, in dem der Aufbau eines «antimonopolistischen Italien» und dazu das einheitliche Handeln auf Regierungs-, Parlaments- und kommunaler Ebene sowie die Stärkung der Einheit der Gewerkschaften und der Massenorganisationen vereinbart wurden.⁶³

Auf den Rechtskurs in der ISP wirkte sich der Druck der Sozialistischen Internationale aus, welche die Partei im Mai 1949 ausschloss. Ausdrücklich hatte die SI gefordert, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und insbesondere das Aktionseinheitsabkommen zu beenden. Trotzdem trat die ISP auf nachdrückliche Forderung ihrer Basis zu den ersten Parlamentswahlen 1948 zusammen mit der IKP auf einer gemeinsamen Liste an, die 31 Prozent erreichte.⁶⁴

Eine entscheidende soziale Grundlage für den in der ISP einsetzenden Kurs hin zu einer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie bildete die mit dem Machtantritt des Faschismus 1922 unterbrochene Herausbildung einer Schicht der Arbeiteraristokratie. Die stärksten Konzerne hatten ihre Kriegsgewinne in modernste Industrieanlagen investiert, die eine hoch intensive Ausbeutung der Arbeitskraft ermöglichten. Einen Teil der erreichten Höchstprofite nutzten führende Unternehmen wie FIAT, Olivetti, Montecatini, aber auch staatliche Gesellschaften wie ENI und IRI, um einen Teil der Arbeiter zu korrumpieren. Es entstand der so genannte Paternalismus, das Leitbild der Ergebenheit und Treue des Arbeiters zum Unternehmen, die entsprechend belohnt wurden. Dazu gehörte ein ganzes System von Zuschlägen für treue Dienstjahre, überdurchschnittlich hohe Arbeitsleistungen und lückenlose Anwesenheit (was hieß, nicht an Streiks teilzunehmen), die Vergabe von unter der üblichen Miete liegenden Werkswohnungen, Betriebs-

63 Koppel, S. 103 f.

64 Berücksichtigt man die 7,1 Prozent, auf welche die Sozialdemokraten kamen, waren das 1,5 Prozent weniger als 1946, was in dem besonders vom Vatikan angeführten antikommunistischen Kreuzzug, in dem Sozialisten und Kommunisten massenweise exkommuniziert wurden, noch immer ein gutes Ergebnis war.

kindergärten und billiges Kantinenessen, lange Zeit teilweise kostenlos. In den Verhandlungen über höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zeigten sich die Unternehmer nachgiebig. Die von den Reformisten ausgegebenen Theorien von der möglichen Kontrolle der Unternehmer erhielten Auftrieb. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter ging zeitweilig spürbar zurück. Die Zahl der Streikstunden sank von 44,9 Millionen in den Jahren 1953-1955 auf 34,5 Millionen 1956-1958. Bei FIAT gab es bis 1962 überhaupt keine Streiks.⁶⁵

Nach der Niederlage von 1953 signalisierte die DC eine Wiederaufnahme der Sozialisten in die Regierung. Während es Moro darum ging, der Vorherrschaft der USA in Italien entgegenzutreten, wollten die DC-Rechten die ISP auf ihre proatlantische Linie festlegen. Neben der Aufgabe des antikapitalistischen Kurses verlangten sie, das Aktionseinheitsabkommen zu kündigen. Für den Beginn der Orientierung auf eine Regierungszusammenarbeit werden gern zwei Ereignisse angeführt: Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem Chruschtschow zu den Folgen des Personenkults um Stalin sprach, und das militärische Eingreifen der UdSSR in Ungarn im Oktober 1956. Ohne die tiefgehenden Auswirkungen der beiden Ereignisse zu negieren, ist festzuhalten, dass der Beginn des Umschwenkens weiter zurückliegt. Bereits auf dem 31. Parteitag im März 1955 hatte Nenni eine Offerte der DC vom «Wechsel des Bündnisses» aufgegriffen und empfahlen, sich «gegenüber den Katholiken zu öffnen». Die DC reagierte sofort. Staatspräsidenten Giovanni Gronchi sprach vier Wochen später vor dem Parlament, an die Sozialisten gerichtet, verbrämt von der Notwendigkeit, «die arbeitenden Massen, die das allgemeine Wahlrecht bis an die Schwelle des Staates geführt hat, auch effektiv an der politischen Leitung des Landes zu beteiligen».⁶⁶ Im Oktober 1956 kündigte die ISP die Aktionseinheit auf. Der 33. Parteitag im Januar 1959 billigte die Rechtswende. Die Delegierten bestätigten Nenni, den viele an der Basis noch immer für einen Linken hielten, an der Parteispitze, was es ermöglichte, die mehrheitlich rechte Ausrichtung zu kaschieren.⁶⁷

Aufgrund des massiven Drucks der USA kam es im Juli 1960 zunächst nur zur Tolerierung der DC-geführten Regierung durch Stimmenthaltung. Das Reformprogramm sah die Verstaatlichung der gesamten Energieversorgung, Maßnahmen der Industrialisierung des Südens, garan-

65 Sablowski, Thomas: Italien nach dem Fordismus, Münster 1965, S. 113 ff.;

Galli, Giancarlo, S. 122 ff.; Stübler, S. 227 ff.

66 Af; S. 165

67 33^a Congresso PSI, Rom 1959; S. 468 ff.

tierte Mindestlöhne und Verbesserungen im Gesundheitswesen vor. Als Gegenleistung verzichtete die ISP auf gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und billigte die NATO-Mitgliedschaft Italiens. Außer der Verstaatlichung des Energiesektors zur ENEL, die zu einer lukrativen Korruptionsquelle von DC und ISP wurde, fielen später alle übrigen Programmpunkte unter den Tisch.⁶⁸

Als nach den Wahlen im April 1963 die Stimmen der DC nochmals auf 38,3 Prozent sanken, brachten die Christdemokraten wiederum keine Regierungsmehrheit zu Stande. Gegen den Widerstand aus Washington nahm Moro nun die ISP in sein Kabinett auf.⁶⁹ Der Regierungseintritt stärkte den reformistischen Kurs. Ausdruck war die Vereinigung mit den Sozialdemokraten zur «Partei der Sozialistischen Einheit» (PSU) mit Nenni an der Spitze, die allerdings nur knapp drei Jahre währte. Als die PSU bei den Wahlen 1968 mit nur 14,5 Prozent gegenüber fünf Jahre vorher 13,8 (ISP) und 6,1 (PSDI) eine schwere Niederlage erlitt, kehrte die ISP 1969 zu ihrer Eigenständigkeit zurück.⁷⁰ Nenni trat als Parteichef ab. Nachfolger wurde Francesco De Martini.

Unter Bettino Craxi, der sich im Juli 1976 mit der «Midas-Verschö- rung»⁷¹ an die Parteispitze putschte, verlor die ISP in den folgenden Jahren zusehends ihren Charakter als sozialistische Partei. Es wirkt kaum glaubhaft, ist aber belegte Tatsache, dass die Putschloge P2 in den 80er Jahren plante, den ISP-Chef an die Spitze eines Regimes faschistischen Typs zu bringen.⁷² Craxi selbst hat noch 1996 ein durchgehend positives Bekenntnis zu Mussolini abgelegt, der für ihn «auch ein Progressiver bis zum Ende seines Lebens» war.⁷³ In den Mittelpunkt seiner «neuer Reformismus» genannten Politik stellte Craxi Schlagworte wie Regierbarkeit, Kompetenz, Effizienz und Modernisierung. Das Parteiprogramm von 1978 bekannte sich zum kapitalistischen System.⁷⁴

68 Sablowski, S. 80 ff.; Intini, S. 73 ff.

69 35¹ Congresso PSI, Rom 1963; S. 584 ff.

70 Die Stimmenverluste ergaben sich vor allem daraus, dass die linken Sozialisten 1966 die ISP verlassen und die Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP) gegründet hatten, die auf 4,2 Prozent kam.

71 Der von Craxi inszenierte Coup wurde so genannt nach dem luxuriösen Hotel Midas in Rom, in dem die ZK-Tagung stattfand.

72 Craxi wurde 1992/93 nach der Aufdeckung der Korruptionsskandale zu insgesamt 26 Jahren Gefängnis verurteilt und floh nach Tunesien, wo er im Januar 2000 verstarb. Während des Prozesses kamen auch seine Kontakte zur P2 zur Sprache.

73 Spiegel, Hamburg, Nr. 52/1996

74 Intini, S. 114 ff.

9. Die Nachkriegsstrategie der IKP

Obwohl die IKP nach 1945 den Sozialismus nicht zur Tagesaufgabe erklärte, verfolgte sie dennoch revolutionäre Ziele. Sie orientierte zusammen mit der ISP und der PdA, unterstützt auch von linken Kräften der DC-Basis, auf eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die das Eigentum des Großkapitals und der Großagrарrier durch Nationalisierungen und eine Agrarreform beschneiden sollte. Der 5. Parteitag im Januar 1946 forderte eine Industrie- und Agrarreform, um «jene Gruppen aus der Leitung des Wirtschaftslebens auszuschließen, die uns schon einmal, als sie den Faschismus aus der Wiege hoben, zum Ruin führten und noch heute unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hemmen.»⁷⁵ Der 7. Parteitag im April 1951 verlangte, die Macht der Monopole einzuschränken, die großen unter ihnen zu nationalisieren, eine grundlegende Agrarreform durchzuführen und eine Regierung zu schaffen, die imstande ist, diese Forderungen zu verwirklichen.⁷⁶

In diesem Prozess sollten die subjektiven Bedingungen für eine sozialistische Entwicklung heranreifen. Für revolutionäre Veränderungen setzte die Parteiführung auf den parlamentarischen Weg, in diesem Rahmen auf die Aktionseinheit mit der ISP und auf die Fortsetzung des Bündnisses mit der DC. Um das zu erreichen, machte sie besonders der DC weitreichende, in der Partei oft umstrittene Zugeständnisse. Togliatti stimmte als Justizminister einer «Amnestie der nationalen Versöhnung» zu, die zu einer Revision der bereits ergangenen über 10.000 Urteile gegen Faschisten führte. Die Partei fand sich damit ab, der Konstituante keine gesetzgebende Gewalt zu übertragen und diese bei der Regierung zu belassen. Als De Gasperi IKP und ISP dann im Mai 1947 aus der Regierung ausschloss, konnte die DC mit ihren Verbündeten bei der Gesetzgebung schalten und walten, wie sie wollte. In der Konstituante stimmte die IKP dafür, die unter Mussolini geschlossenen Lateranverträge in der Verfassung zu sanktionieren, was die Positionen des Klerus und der rechten DC-Fraktion stärkte.⁷⁷

⁷⁵ Togliatti 1977, S. 252

⁷⁶ VII' Congresso del PCI, Rom 1954; S. 13 ff.

⁷⁷ Beyme, Klaus: Das politische System Italiens, Stuttgart 1970, S. 133 f. Das Konkordat hatte 1929 zum Konsens der Massen für den Faschismus beigetragen. Dass sich damals der Papst an die Seite des Duce stellte, hatte der faschistischen Diktatur gegenüber den Katholiken den Charakter einer von Gott gewollten Ordnung verliehen. Die Verträge anzuerkennen bedeutete,

In dieser Haltung zeigten sich rechtsoportunistische Tendenzen, die Luigi Longo, seit 1946 Stellvertreter Togliattis, veranlassten, vor zu weit gehenden Kompromissen sowie der Überschätzung der parlamentarischen Möglichkeiten zu warnen und zu fordern, die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterbewegung und die Mobilisierungsfähigkeit der Partei nicht zu vernachlässigen.⁷⁸ Auf dem 12. Parteitag 1969 bezeichnete er es als entscheidend, «die Perspektive unseres Weges zum Sozialismus klar im Auge zu behalten» und den parlamentarischen Weg als eine, aber nicht die einzige Möglichkeit zu sehen.⁷⁹

Die nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 einsetzenden revisionistischen Erscheinungen, die zum Konflikt mit der KP Chinas führten und entscheidend die Deformierungen und Fehlentwicklungen der sozialistischen Staaten beeinflussten, blieben nicht ohne Einfluss auf die IKP. Ohne die positiven Aspekte zu übersehen, begann ein Prozess, welcher Gorbatschow den Weg an die Macht ebnete.⁸⁰

Die von Togliatti herbeigeführte «Wende von Salerno» bildete eine entscheidende Grundlage des Beitrags der von der IKP geführten Resistenza zum Sieg über den Faschismus, welcher der Arbeiterbewegung einen großen Aufschwung ermöglichte. Die negativen Aspekte bestanden in der Illusion, das Bündnis mit Kreisen der Großbourgeoisie auch für antifaschistisch-demokratische und ihrem sozialen Inhalt nach anti-imperialistische Umwandlungen fortsetzen zu können. Dieser Irrtum entstand jedoch nicht nur in der IKP. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges, der insgesamt die Möglichkeiten für das weitere Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses erweiterte, schuf zugleich Bedingungen, die der bürgerlichen Ideologie – vor allem in Gestalt neuer Erscheinungsformen des Revisionismus, auch «moderner Revisionismus» genannt – Wege des Eindringens nunmehr in die kommunistischen Par-

den antifaschistischen Widerstand im Nachhinein herabzusetzen, und gab der Opposition gegen antifaschistisch-demokratische Veränderungen Auftrieb.

78 Beitrag des Autors in *Unsere Zeit* (UZ) Essen, 20. Okt. 2000

79 PCI: *Attraverso i Congressi*, S. 108 ff.; 320 ff.

80 Gorbatschows Ziel bestand – wie er nach der Niederlage des Sozialismus 1989/90 offen eingestand, schon lange bevor er 1985 KPdSU-Generalsekretär wurde – darin, die sozialistischen Gesellschaftsordnungen zu liquidieren und auf sozialdemokratischen Positionen eine kapitalistische Restauration durchzusetzen. Siehe Brown, *passim*. Das Buch des Oxford-Professors und Direktors des Russland- und Osteuropa-Zentrums des St. Anthony's College liefert aufschlussreiche Informationen über den Werdegang dieses Renegaten der Neuzeit. S. a. Held, *passim*; ferner UZ, 8. Sept. 2000

teien an der Macht einschließlich der KPdSU eröffneten. Kurt Gossweiler meint, die Antihitlerkoalition habe «in Teilen der Bewegung Illusionen über den Imperialismus genährt; nur der deutsche, italienische und japanische Imperialismus seien ‹böse› Imperialismen, die imperialistischen Bundesgenossen dagegen repräsentierten einen ‹guten› Imperialismus, von dem keine Gefahr für den Sozialismus mehr ausginge.»⁸¹

Von der UdSSR ausgehende Deformationen und Fehlentwicklungen wirkten ebenso wie die Ereignisse in Jugoslawien, Ungarn, Polen und der CSSR tief auf die IKP ein. Hervorzuheben sind die seit den 70er Jahren in der UdSSR und danach in anderen Ostblockstaaten, darunter der DDR, sich breitmachenden Tendenzen der «Rangerhöhung der Politik der friedlichen Koexistenz» und der Aushöhlung «dieser Politik als Form des Klassenkampfes». Die IKP nahm für sich nicht nur in Anspruch, diese Koexistenz gegenüber den USA und der NATO selbst zu praktizieren, sondern sie auch auf die Innenpolitik zu übertragen. Die KPdSU und andere Parteien der kommunistischen Bewegung, darunter die SED, wichen einer offenen Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus und den Erscheinungen der Sozialdemokratisierung der IKP aus.⁸²

Togliattis Reaktion auf den XX. Parteitag war widersprüchlich. Der Strategie der «Wende von Salerno» begrüßte die aufgezeigten Möglichkeiten friedlicher Koexistenz, ebenso die eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Er bekannte sich zwar grundsätzlich zur Vorhutrolle der KPdSU in der revolutionären Weltbewegung, setzte aber gleichzeitig kritische Akzente, indem er sich zu Fragen ihres Nationalismus und Provinzialismus als auch der Missachtung nationaler und historischer Besonderheiten äußerte.⁸³ Während Togliatti sich im August 1964 in Moskau aufhielt, legte er seinen Standpunkt in einem Memorandum für Chruschtschow nieder.⁸⁴ Darin trat er für «die Einheit aller sozialistischen Kräfte in einer gemeinsamen Aktion gegen die reaktionären Gruppen des Imperialismus, auch über ideologische Divergenzen hinweg» ein. Er betonte, dass es unvorstellbar sei, dass «aus dieser Einheit China und die chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden

81 Gossweiler, S. 323

82 Kaeselitz, Helga: *Kommunistische Parteien in den Hauptländern des Kapitals*, Berlin (DDR) 1982. In dem Buch werden die reformistischen Erscheinungen in der IKP verharmlöst und teilweise gar nicht erwähnt.

83 Togliatti 1962, S. 101 ff.

84 Togliatti befand sich zu einem Vorbereitungstreffen auf eine neue kommunistische Weltkonferenz in Moskau

können» und plädierte für «die Einheit in der Verschiedenheit und völligen Selbständigkeit der einzelnen Länder». Togliatti verstarb, noch bevor er Chruschtschow traf, am 21. August 1964. Seine Thesen gingen als «Memorandum von Jalta» in die Geschichte ein und gelten als sein politisches Testament. Togliattis Wirken war darauf gerichtet, den Krisenerscheinungen in der kommunistischen Weltbewegung entgegenzutreten, um sie aufzuhalten und Deformierungen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Unter diesem Gesichtspunkt gehört vieles, was er zu Strategie, Theorie und Politik äußerte, zum positiven Erbe der kommunistischen Weltbewegung und vermittelt für ihren gegenwärtigen Kampf wertvolle Erfahrungen und Anregungen.⁸⁵

Die antiamerikanischen Aspekte, die nicht nur linke DC-Kreise unter Moro, sondern auch Wirtschaftsmanager wie Mattei vertraten, nährten in der IKP-Führung die nie aufgegebene Hoffnung einer Neuauflage der «Wende von Salerno».⁸⁶ Aus der Frontstellung großbürgerlicher Kreise gegen die Einmischungspolitik der USA schienen sich gemeinsame Anknüpfungspunkte zu ergeben. Das kann nicht von vornherein als illusorisch abgetan werden. Es gab nicht nur in Italien, sondern ebenso in Westeuropa, besonders im Frankreich de Gaulles, die Hoffnung, dem Vormachtstreben der USA könnte erfolgreich entgentreten werden. In dem Maße, wie das scheiterte, musste die IKP stets eines bewaffneten amerikanischen Eingreifens gewärtig sein, wie es die Ereignisse in Griechenland gezeigt hatten.

Wie schmal der Grat möglicher Entscheidungen oft war, verdeutlichte das Attentat am 14. Juli 1948 auf Togliatti, dessen Fäden die CIA zog. Es sollte die Partei zum bewaffneten Aufstand provozieren, um sie «per Blutbad» liquidieren zu können. Bei dem folgenden, von der Basis begonnenen Generalstreik und den bewaffneten Zusammenstößen gab es 20 Tote und über 600 Verletzte. 92.000 Personen, in erster Linie Arbeiter, wurden festgenommen, über 70.000 von ihnen später vor Gericht gestellt, die meisten verurteilt. Die IKP-Leitung rief am zweiten Tag dazu auf, den Generalstreik zu beenden. Es gelang der Parteiführung, ihre Basis vom Aufstand abzuhalten, vor dem der schwer verletzte Togliatti, bevor er operiert wurde, eindringlich gewarnt hatte.⁸⁷ Eine bewaffnete Erhebung hätte nur in einen blutigen Bürgerkrieg übergehen und mit einem Eingreifen der USA-Truppen zu einer reaktionären Wende füh-

85 Vgl. Neubert, Harald in MBI, Essen, 1/1998

86 Di Nolfo, S. 123 f.

87 Caprara, passim

ren können. Eine physische Abrechnung mit der IKP wäre die Folge gewesen. Die faschistische Entwicklung hätte einen unausweichlich stärkeren Auftrieb erhalten.⁸⁸

Nach dem Attentat setzte eine verstärkte Verfolgung vor allem der IKP und ihrer Anhänger ein. Bis Mitte 1950 gab es bei Auseinandersetzungen mit Großagrariern, Faschisten und Zusammenstößen mit der Polizei 62 Tote, darunter 48 Kommunisten; 3.126 Verletzte, davon 2.367 Kommunisten. Von 92.169 Verhafteten waren 73.780 Kommunisten. 19.306 Menschen wurden unter fadenscheinigen politischen Vorwänden verurteilt, unter ihnen 15.429 Kommunisten.⁸⁹ Die Furcht der Parteiführung, ihre von den Traditionen des Partisanenkampfes stark geprägte Basis könnte vor allem angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr erneut zu bewaffnetem Widerstand provoziert werden, wirkte in der weiteren Entwicklung wie ein Trauma.

10. Die faschistische Gefahr

An die gespenstige Kulisse erinnere ich mich noch heute. Es war Mitte Januar 1977, als im luxuriösen Midas-Hotel der 11. Parteitag der MSI stattfand. MSI-Führer Giorgio Almirante erging sich in wüsten antikomunistischen Ausfällen, griff die Gewerkschaften an und diffamierte den DC-Vorsitzenden Moro als einen Kommunistenfreund, der das Land den Roten ausliefere. Als er Pinochet zu feiern begann, brachen die 1.200 Teilnehmer in frenetischen Beifall aus, sprangen von den Plätzen, rissen den rechten Arm zum Führergruß empor, schrieten das Eja, eja alala, mit dem Mussolini sich einst begrüßen ließ, und skandierten «Pinochet, Pinochet». Es dauerte Minuten, bis die tobende Menge einhielt und Almirante, immer wieder von tosendem Beifall unterbrochen, weiter sprach. Der neue Duce forderte, eine «chilenische Lösung» für Italien und rief zum Studium der Erfahrungen Pinochets auf.

Pino Rauti, die Nummer zwei der Bewegung und Chef der nach SS-Vorbild aufgebauten Terrororganisation «Ordine Nuovo»,⁹⁰ verlangte, die politische und wirtschaftliche Krise «zum Sturz der Regierung» und «zur Erhebung gegen das Regime» zu nutzen. Das Massenelend in Süd-

88 Unità, Rom, 28. Sept. 1948; Liberazione, Rom, 28. Sept. 1998

89 Die Kommunistische Partei Italiens, Berlin (DDR) 1952, S.148

90 In demagogischer Weise führte die «Neue Ordnung» den Namen der von Antonio Gramsci 1919 geschaffenen kommunistischen Organisation und Zeitung, des Vorläufers der IKP-Gründung.

italien, die Ausweglosigkeit der Arbeitslosen und das Schicksal der perspektivlosen Jugendlichen sollten als «Pulverfass» dienen, «in das man ein Streichholz werfen» müsse. Er verwies auf die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen 1969 in Reggio di Calabria, die einem faschistischen Putsch des Kriegsverbrechers Borghese den Weg bereiten sollten. Damals «konnten wir früh, mittags und abends in aller Ruhe jeden umbringen», führte er unter erneuten Beifallsstürmen aus und fügte hinzu, «solche Beispiele müssen wiederholt werden». In seinem Schlusswort erteilte Almirante Pressestimmen, die solche Ausführungen als «Übertreibungen» verharmlosen wollten, eine klare Absage. «Wir haben nicht gescherzt, und wir werden auch in Zukunft nicht scherzen», erklärte er. Zeitungen antifaschistischer Orientierung wie der *Messaggero* oder die *Repubblica* wie auch das DC-Parteiblatt *Popolo* verurteilten den MSI-Kongress, auf dem «klar eine faschistische Strategie entworfen» worden sei, wie *Popolo* schrieb. Konsequenzen gab es seitens der zuständigen Staats- oder Justizorgane nicht. An der Spitze der Regierung stand zu dieser Zeit Giulio Andreotti.⁹¹

Wie ernst die Drohungen zu nehmen waren, hatten die vorangegangenen Putschversuche bewiesen, in welche die Faschisten in und außerhalb der MSI stets integriert waren. Bereits nach der Wiederaufnahme der ISP in das Kabinett Moro 1964 hatte man in Washington einen faschistischen Staatsstreich geplant. Der Militärattaché in Rom, Oberst Vernon Walters, forderte noch vor der Regierungsbildung, «dass, wenn die Sozialistische Partei in die Regierung eintritt, die Vereinigten Staaten ohne zu zögern das Land militärisch besetzen müssten.»⁹² Die CIA erarbeitete mit dem italienischen Geheimdienst SIFAR einen Staatsstreichplan, den das Carabinieri-Korps unter dem Kommando des vorherigen SIFAR-Chefs und früheren Mussolini-Offiziers, General De Lorenzo, durchführen sollte. Die Auslösung scheiterte und ab 1966 musste sich eine Parlamentskommission mit der Affäre De Lorenzo befassen. Als ungeheuerlichster Tatbestand kam heraus, dass der SIFAR unter der Regie von Oberst Walters hohe und höchste Persönlichkeiten des Staates, insgesamt 157.000 Personen, auf «schwarzen Listen» erfasst hatte: nicht nur Kommunisten und Sozialisten, sondern ebenso Gewerkschaftsführer, Antifaschisten und Politiker bürgerlicher Parteien, darunter Moro und sein gesamter Mitarbeiterstab. Die Personen sollten bei Beginn des Militärputsches verhaftet, auf zwei Sardinien vorgelager-

91 Bericht des Autors in ND, 25. Jan. 1977

92 Faenza, S. 310

te Inseln gebracht und dort in Konzentrationslager gesperrt, manche auch gleich umgebracht werden.⁹³

Nach dem Scheitern De Lorenzos versuchte im Dezember 1970 Borgehe loszuschlagen – mit rund 400 hohen Militärs, darunter die Kommandeure von drei Panzerdivisionen, gedeckt vom Oberbefehlshaber der NATO-Seestreitkräfte Südeuropa, Admiral Birindelli, und dem Chef des Geheimdienstes SID (Nachfolger des SIFAR), General Miceli.⁹⁴ Nach dem Putsch in Chile wollten Ende 1973 und 1974 erneut führende Kreise von Armee und Geheimdiensten, an ihrer Spitze wiederum Miceli, in Absprache mit CIA und NATO, zusammen mit Faschisten ein Regime nach «chilenischem Vorbild» installieren.

11. Der Historische Kompromiss

Die Konzeption des Historischen Kompromisses wurde nicht erst, wie manchmal behauptet, nach dem Putsch Pinochets entworfen, sondern bereits auf dem 13. Parteitag der IKP im März 1972, auf dem Enrico Berlinguer Luigi Longo als Generalsekretär ablöste.⁹⁵ Die Neuorientierung ergab sich daraus, dass die DC wiederum über keine Mehrheit verfügte, das von Giulio Andreotti gebildete Kabinett nicht die Zustimmung des Parlaments erhielt und der Staatspräsident vorzeitige Neuwahlen ausschrieb. Bereits auf der ZK-Tagung im November 1971 hatte Berlinguer erklärt, man müsse «aus der endemischen Krise der Regierungen des linken Zentrums herauskommen», eine «Regierung der demokratischen Wende» bilden und «die Überwindung der Klassenschränken anstreben». «Historisches Ziel sei (...) die volle Demokratie und der Zugang der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur Leitung des Staates.» Die IKP bot der DC an, bei Beibehaltung «des Unterschieds zwischen Mehrheit und Opposition» an Mehrheiten «zur Lösung der einzelnen Probleme» teilzunehmen.⁹⁶

Auf dem 13. Parteitag präzierte Berlinguer dann, durch die Zusammenarbeit der drei großen «politischen Volkskräfte», Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten, eine «demokratische Wende» herbeizuführen. Gleichzeitig gab die Partei ihre Anti-NATO-Haltung auf. Die-

93 Ausführlich zu den Gegenkräften, Feldbauer, 1996 und 2000, passim

94 Beide Offiziere traten später auch offiziell der MSI bei, Birindelli wurde Stellvertreter Admirantes.

95 Für den kranken Longo wurde das Amt des Parteivorsitzenden geschaffen.

96 Unita, 12. Nov. 1971, die Rede ist enthalten in: Berlinguer, S. 75 ff.

se könne nicht mehr nur «auf die einfache Stellungnahme für oder gegen den Militärpakt» reduziert werden.⁹⁷ Nach dem Parteitag begann die öffentliche Diskussion über eine Regierungsbeteiligung. Im Februar 1973 erklärte das ZK, den Beitritt zur EG zu unterstützen. Gleichzeitig suchte die IKP eine verstärkte Zusammenarbeit mit den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, darunter besonders mit der SPD. Gegenüber der CGIL wurde der Wandel seitens der westeuropäischen Sozialdemokratien im Sommer 1974 durch die Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund honoriert.⁹⁸

Nach dem Sturz Allendes gebrauchte Berlinguer erstmals den Begriff Historischer Kompromiss. «Selbst wenn die Linksparteien und Linkskräfte 51 Prozent der Stimmen und Sitze im Parlament erringen könnten (...), wäre es völlig illusorisch anzunehmen, dass allein diese Tatsache den Fortbestand einer Regierung der Linksparteien und Linkskräfte garantieren würde.» Eine «demokratische Erneuerung» könne sich nur vollziehen, wenn sich Regierung und Parlament auf eine breite Mehrheit stützten, stark genug, das Land vor jedem reaktionärem Abenteuer zu schützen. Die IKP schlug der DC einen *Compromesso storico* und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene vor.⁹⁹ Als die IKP 1976 bei den Wahlen 34,4 Prozent erreichte, trat der Kompromiss in sein konkretes Stadium. Den offiziellen Vorschlag unterbreitete Berlinguer, um den Symbolcharakter hervorzuheben, in Salerno.¹⁰⁰ Für die Verhandlungen befand sich die IKP in einer starken Position. Als zweitstärkste Fraktion belegte sie in der Abgeordnetenkammer 227 Sitze und stellte den Präsidenten, im Senat den Stellvertreter. Sieben Kommunisten leiteten Parlamentsausschüsse. In den Regionen beteiligte sich die Partei an fast der Hälfte der Regierungen. In allen Großstädten von Mailand über Rom bis nach Neapel stellte sie die Mehrheit in den Stadtparlamenten und regierte mit den Sozialisten zusammen. In 1.362 von 8.068 Städten stellte sie den Bürgermeister und in 929 von 2.754 Provinzen den Regierungspräsidenten. Die Vertretung der IKP und der ISP auf der Ebene von den Gemeinden bis zu den Landesparlamenten entsprach 52,8 Prozent der Wähler.¹⁰¹

97 Unita, 14. März 1972

98 Unita, 22. Nov. 1972; Timmermann, S. 77 f.

99 Theoretische Zeitschrift der IKP *Rinascita*, 28. Sept., 5. u. 12. Okt. 1973. S. a. Chiarante, S. 136 ff.

100 *Liberazione*, 11. Juni 1999. In Salerno hatte Togliatti die Konzeption der «Wende von Salerno» vorgelegt

101 *Almanacco PCI*, Rom 1976, S. 30

Zur Abwehr der faschistischen Gefahr in eine bürgerliche Regierung einzutreten, entsprach einem Erfordernis der politischen Situation. Jedoch fehlten konkrete Vereinbarungen, wie der Gefahr Einhalt geboten werden sollte. Es hätte beispielsweise darum gehen müssen, das in der Verfassung festgeschriebene Verbot der Wiedergründung der Mussolini-Partei in Gestalt der MSI durchzusetzen, den Staatsapparat von faschistischen Elementen zu säubern, ein Verbot der offen betriebenen faschistischen Propaganda, darunter von Aufrufen zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung, wie sie auf dem MSI-Parteitag 1977 erfolgten, zu erlassen. Nichts davon geschah jedoch.

Durch den Wahlerfolg erhielt die sozialdemokratische Strömung, die sich in der Nachkriegsentwicklung zunächst nur in Ansätzen herausgebildet, aber bereits in den sechziger Jahren an Gewicht gewonnen hatte, Auftrieb und gewann bestimmenden Einfluss auf die Gestaltung des Historischen Kompromisses. Sie beherrschte vor allem den mächtigen parlamentarischen Apparat, der wiederum eng mit der Parteiführung verknüpft war.¹⁰² Ihre politisch-ideologische Grundlage bildete der sogenannte Eurokommunismus.¹⁰³ Während Spaniens PCE unter dem späteren Sozialdemokraten Santiago Carillo kaum über Deklarationen hinauskam und die PCF unter Georges Marchais zunehmend wieder auf Distanz ging, wurde die IKP unter Berlinguer zu seinem Protagonisten.

Die Reformvorhaben sahen eine Förderung der Privatindustrie bzw. Reprivatisierungen, die Behebung des Nord-Süd-Gefälles durch Behebung der Landwirtschaft und Investitionen im Süden und die Steigerung der Produktivität vor. Das Steuersystem sollte reformiert werden. Es wurde, wie schon so oft, die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem für Jugendliche versprochen. In den meisten Fragen handelte es sich um Bekundungen, die erst durch die Regierung bzw. das Parlament hätten beschlossen und verwirklicht werden müssen, wozu es nie kam. Von den antimonopolistischen Forderungen des 7. Parteitages war nicht einmal mehr in Ansätzen die Rede. Wesentliche Interessen der Arbeiter wurden nicht berücksichtigt. Eine Garantie für die bereits zu dieser Zeit den Angriffen des Verbandes der Großindustriellen Confindustria ausgesetzten Scala mobile¹⁰⁴ fehlte. Ebenso spielte die Mitbestimmung

102 *Liberazione*, 11. Juni 1999

103 Diese revisionistische Strömung entstand seit Anfang der siebziger Jahre in einigen KPs der westlichen Länder (vor allem Italiens, Spaniens, Frankreichs, der Linkspartei Kommunisten Schwedens).

104 Gleitende Lohnskala, mit der die Löhne automatisch an die Inflationsrate angepasst werden mussten.

der Gewerkschaften in den Betrieben, vor allem in den staatlichen Unternehmen, generell keine Rolle. Es fehlten auch Maßnahmen zur Beseitigung der vor allem von der DC und der ISP praktizierten Korruption und persönlichen Bereicherung in den staatlichen Konzernen, eine Preiskontrolle im Lebensmittelbereich, Verbesserungen auf sozialen Gebieten, besonders im Gesundheitswesen oder in der Bildung. Die IKP stellte keine Forderungen, die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern, sondern fand sich im Gegenteil bereit, rigide Sparmaßnahmen der Regierung mitzutragen und mäßigend auf den Widerstand der Gewerkschaften dagegen einzuwirken.

Die IKP beugte sich dem Druck der DC-Rechten mit Ministerpräsident Andreotti an der Spitze, gab für die in Aussicht gestellte Aufnahme in die Regierung und die Zusage, die erwähnten Reformen durchzuführen – die nie eingehalten wurde –, fundamentale kommunistische Positionen auf und machte schwerwiegende politische und sozialökonomische Zugeständnisse.¹⁰⁵ Sie befand sich hier nicht, wie behauptet, in Übereinstimmung mit Gramscis These vom Historischen Block und Togliattis Konzeption der «Wende von Salerno», sondern im eindeutigen Widerspruch dazu.¹⁰⁶

Die IKP übte berechnete Kritik an sozialistischen Deformierungen und dem unter Chruschtschow begonnenen Voluntarismus in der UdSSR sowie an der beanspruchten Führerrolle der KPdSU, beteiligte sich aber auch an der bürgerlichen Propaganda gegen die Sowjetunion. Sie proklamierte auf der Grundlage der Anerkennung der «Spielregeln der bürgerlichen Demokratie» und ihrer Integration in deren Parteiensystem einen eigenen «Weg zum Sozialismus», übernahm das bourgeoise Staatsmodell, für das sie lediglich eine «demokratische Transformation» forderte und anerkannte die kapitalistische Marktwirtschaft.¹⁰⁷ Den Gipfel des Revisionismus erklomm sie, als Berlinguer nicht nur erklärte, die Bündnisverpflichtungen Italiens zu respektieren, sondern obendrein bekundete, die NATO eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als «Schutzschild» eines italienischen Weges zum Sozialismus.¹⁰⁸

105 Dieser Druck ging nicht von Moro aus, wie sein Interview für *La Repubblica* vom 18. Februar 1978 verdeutlichte.

106 Siehe Kapitel 1

107 Chiarante, S. 121 ff. Der Autor leitete als Mitglied des ZK der IKP viele Jahre die theoretischen Zeitschriften *Rinascita* und *Critica marxista*, trat 1991 der PDS auf kritischen Positionen bei; Leonhard, S. 205 ff.; Galli, Giorgio, S. 258 ff.

108 *Corriere della Sera*, 15. Juni 1976; Galli, Giorgio, S. 266 f.; *La Rocca*, S.132 f.

Nach den Wahlen 1976 begann die IKP, die reformistische Konzeption in die Praxis umzusetzen. Sie half der DC über die schwere Regierungskrise hinweg, indem sie deren Kabinett im Parlament durch Stimmenthaltung stützte. «Wir sind nicht mehr in der Opposition, aber noch nicht in der Regierung», kommentierte Berlinguer. Nach schwierigen Gesprächen, in die der als brillanter Redner bekannte Moro ohne Zweifel sein außergewöhnliches Geschick als Verhandlungsführer einbrachte,¹⁰⁹ kam im Januar 1978 das Regierungsabkommen zustande. Die Gespräche fanden geheim und zwischen den Parteichefs statt. Den von Berlinguer gewünschten Bezug auf ein «Modell einer sozialistischen Gesellschaft» lehnte Moro ab, da er Widerstand in seiner Partei befürchtete. Berlinguer war zunächst gegen Andreotti als Regierungschef, lenkte aber auf Drängen Moros ein, der hoffte, damit die Amerikaner zu beruhigen. Moro hatte große Schwierigkeiten, im Parteirat der DC eine Mehrheit für das Abkommen zu erhalten. Andreotti war als Ministerpräsident in die Verhandlungen nicht einbezogen und unternahm auch keinerlei Schritte, das Abkommen zu verwirklichen. Nach der Entführung und Ermordung Moros fehlte damit seitens der DC die Garantiperson.¹¹⁰ Am 16. März stellte sich die Regierung Andreotti zur Vertrauensabstimmung im Parlament. Noch vor der Eröffnung der Sitzung wurde Moro entführt. Andreotti wurde ohne Debatte mit den Stimmen der IKP das Vertrauen ausgesprochen. Obwohl noch nicht im Kabinett vertreten, erhielt sie ein Mitspracherecht in der Regierungspolitik. Für einen späteren Zeitpunkt war der direkte Eintritt in die Regierung vorgesehen.¹¹¹

Konnte man in der Konzeption eines breiten antifaschistischen Regierungsbündnisses einen akzeptablen Ansatz zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr sehen, wurde dieser durch die Untersetzung mit einer völlig reformistischen Politik und schließlich durch die Unterstützung einer Regierung mit Andreotti an der Spitze jeder Realität beraubt. Andreotti brachte nicht nur das Regierungsabkommen zum Scheitern, sondern lieferte auch den von den Roten Brigaden entführten Moro dem sicheren Tod aus.¹¹² Zu fragen, ob der Historische Kompromiss anders verlaufen wäre, wenn Moro ihn seitens der DC hätte weiter gestalten können, geht an den Realitäten vorbei. Denn der Mord an ihm wurde

109 Berking Helmut u. a. (Hg.): Politikertypen in Europa. Frankfurt/Main 1994, S. 76 f.

110 Moro, S. 3738 ff.; La Rocca, 143 ff.

111 Galli, Giorgio, S. 269 ff.

112 Vgl. für eine komplexe Abhandlung des Themas Feldbauer 2000.

inszeniert, um die Regierungszusammenarbeit zu verhindern. Die IKP wurde, indem sie Andreottis Linie mitmachte, Moro dem sicheren Tod auszuliefern, zum Komplizen dieses Komplotts. Moro hat Berlinguer in seinen Aufzeichnungen im Gefängnis der RB auch offen angeklagt, dass er ihn, «der als einziger Verständnis zwischen Christdemokraten und Kommunisten realisiert hat, (...) dem Tod ausliefert».¹¹³

12. In der Partei umstritten

Widerstand gegen die in der Partei Fuß fassenden reformistischen Tendenzen regte sich in der IKP sowie unter der Linken bereits Mitte der 60er Jahre. Er erhielt Auftrieb durch die 68er Bewegung. Nach den faschistischen Anschlägen am 12. Dezember 1969 in Mailand grenzte die IKP-Führung sich von ihrem radikalen Flügel ab, ging auf Distanz zu den anarchistischen und autonomen Gruppen und ließ es an einer klaren Solidarität mit den des Anschlags beschuldigten und unschuldig eingesperrten und angeklagten Anarchisten fehlen.

Im heißen Herbst 1969, der den 68er Studentenunruhen folgte, wuchsen die Kämpfe um höhere Löhne, die 40-Stunden-Woche, um soziale Reformen und gewerkschaftliche Rechte wieder an. In Arbeitsniederlegungen und einem Generalstreik wurden Lohnerhöhungen und in den meisten Industriezweigen die 40-Stunden-Woche erreicht. Eine breite Arbeiter- und demokratische Bewegung brachte organisatorische Formen der Basisdemokratie hervor, zu der nicht nur Fabrikräte gehörten, sondern Mieter- und Arbeitslosenvereinigungen, Bewegungen von Juristen, Ärzten, Journalisten oder Polizisten, die bereit waren, die Forderung nach einer «demokratischen Wende» zu unterstützen. Die IKP nutzte diese Kampfkraft jedoch nicht für ihre Strategie, sondern versuchte im Gegenteil «die Dynamik der großen Massenbewegung zu bremsen». Aufschlussreich ist, wie der Anhänger des Eurokommunismus, der Spanier Fernando Claudin, sich kritisch zum Historischen Kompromiss äußerte und einen Erfolg bezweifelte. «Die zunehmenden Wahlerfolge der PCI und ihre fortschreitende ›Besetzung‹ von Machtpositionen im politischen System waren nicht begleitet vom Aufbau eines sozialen Blocks, der von seinem Bewusstseinsgrad, von seiner inneren Gliederung und der Qualität seines Programms her in der Lage gewesen wäre, die harten Prüfungen zu bestehen, die auf ihn zukommen.»¹¹⁴

113 Biscione, S. 139

Im November 1969 schloss das ZK die unter dem Namen Manifesto entstandene innerparteiliche Opposition aus der Partei aus. Insgesamt wurden etwa 10.000 Mitglieder ausgeschlossen oder verließen die Partei. Unter ihnen die legendären Linken Luigi Pintor und Rossana Rossanda, die anschließend die Zeitung Manifesto gründeten.¹¹⁵

Dass die Partei sich vom linksextremen Terror von Gruppen wie der RB distanzierte, war verständlich. Nicht aber, dass linksradikale Gruppen, die den sogenannten bewaffneten Kampf führten, mit faschistischen Terroristen auf eine Stufe gestellt wurden.¹¹⁶ Dazu zählte beispielsweise die einflussreiche Lotta Continua. Die aus der 68er Bewegung 1969 in Turin entstandene Organisation zählte zirka 20.000 Mitglieder, gab eine gleichnamige 14-tägige Zeitschrift (1972 bis 1982 Tageszeitung) heraus, leistete aktiven Widerstand gegen die faschistische Gefahr und unterstützte den Basiskampf der Gewerkschaften. Lotta Continua lehnte den Historischen Kompromiss ab. Eine Strömung trat für den bewaffneten Kampf ein, im Wesentlichen agierte die Organisation jedoch gewaltlos.¹¹⁷ Nachdem sie sich 1976 aufgelöst hatte, gründete ein Teil ihrer Mitglieder die Democrazia Proletaria, die sich als legal anerkannte Partei im gleichen Jahr an den Parlamentswahlen beteiligte und 1,5 Prozent erzielte.¹¹⁸ Neben der außerparlamentarischen Linken lehnte auch die Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus (PdUP) den Historischen Kompromiss ab und trat für eine linke Regierungsalternative ein.¹¹⁹ Der PdUP schloss sich 1974 die Manifesto-Gruppe an.¹²⁰

114 Claudin, Fernando, Zukunft des Eurokommunismus, Berlin 1978, S. 107.

Claudin war während des spanischen Bürgerkrieges Vorsitzender des Jugendverbandes der KP, in der Emigration lange Jahre Stellvertreter Santiago Carrillos. Er wurde wegen revisionistischer Positionen 1964 aus dem Politbüro und 1965 aus der KP ausgeschlossen.

115 I Giorni, S. 663. Die Zeitung Manifesto besteht noch heute.

116 De Cesare, Corrado, Il Compagno Massimo D'Alema, Mailand 1998, S. 29 ff.

117 Wenzel, Gisela: Klassenkämpfe und Repression in Italien. Hamburg 1973, passim

118 Die DP existierte bis 1991 und gehörte zu den Mitbegründern der neuen KP Rifondazione Comunista.

119 Die PdUP war 1972 aus einem Teil der Mitglieder der 1964 entstandenen PSIUP hervorgegangen, während eine Mehrheit dagegen der IKP beigetreten war

120 Angesichts fehlender Massenbasis löste sich die PdUP 1983 auf. 1991 nahmen frühere PdUP-Mitglieder an der Gründung der PRC teil. Ausführlich Feldbauer 2002, S. 107 ff., 197 ff.

Gegen die Regierungszusammenarbeit regte sich an der Basis der IKP, aber auch in der Führung und im Parteiapparat Widerspruch. Es wuchs der Unmut gegen die Zugeständnisse an die «Austeritätspolitik» der Regierung, ohne dass die IKP dafür Gegenleistungen erhielt.¹²¹ Longo kritisierte auf der ZK-Tagung im Oktober 1976, die Entscheidungen «von oben» zu treffen. Man verliert «den Kontakt mit der Basis»; die «Partei wird geschwächt». Es werde gefragt, ob die von den Arbeitern verlangten «Opfer» tatsächlich zu den erwarteten Reformen führen oder nur zur Stärkung des Monopolkapitalismus und seiner Diener, der Christdemokraten.¹²² Im Februar/März 1977 kam es in Norditalien, besonders im roten Bologna, zu anhaltenden Protesten der Studenten gegen den reformistischen Kurs.¹²³

Auf dem danach Mitte März tagenden Zentralkomitee¹²⁴ erklärte ZK-Mitglied Borgnas, an der Basis gebe es «ernste Zweifel», dass der Historische Kompromiss eine Alternative darstelle. Es bestehe der Eindruck, dass die Partei eher zur «Verteidigung des bestehenden politischen Rahmens» neige als zur «Schaffung von Voraussetzungen für seine Überwindung». Politbüromitglied Gian Carlo Pajetta, einer der bedeutendsten IKP-Führer, sprach «von Gefahren und Schwierigkeiten», die Regierung Andreotti sei «unangemessen für die Bedürfnisse des Landes». Er forderte, die Arbeiterbewegung «in eine bewusste und einheitliche Schlacht» zu führen. ZK-Mitglied Luporini sprach von der Klassenzusammenarbeit mit der DC. Die Kommunisten würden nicht «als Träger einer neuen Gesellschaft gesehen, sondern als «Mitverwalter» der bestehenden.» ZK-Mitglied Lubertini warnte vor «einer historischen Niederlage», einem «gesellschaftlichen Umschwung nach rechts». Eine Wende sei nur möglich, wenn für den politischen Fortschritt Massenkämpfe geführt würden. Politbüromitglied Armando Cossuta fragte, ob die IKP überhaupt noch «eine Kampfpartei» sei. Giorgio Napolitano, führender Exponent der sozialdemokratischen Strömung, ignorierte in seinem Schlusswort die Kritik und verlangte, so schnell wie möglich das System der Stimmenthaltung im Parlament aufzugeben und die Zusammenarbeit mit der DC zu vertiefen, auch wenn das noch nicht zum direkten Eintritt in die Regierung führe.¹²⁵

121 Umfangreiche Beweise dafür liefert Edoardo Novelli mit seiner Arbeit «C'era una Volta il PCI». Rom 2000, bes. S. 162 ff.

122 Unità, 21. Okt. 1976

123 Ebenda, 14. März 1977

124 Der erkrankte Berlinguer konnte an der Sitzung nicht teilnehmen

125 Unità, 16./17. März 1977

13. Zur Rolle Berlinguers

Der am 25. Mai 1922 geborene Sohn des Advokaten einer sardischen Adelsfamilie und Sozialisten katholischer Herkunft trat 1943 der IKP bei und nahm am antifaschistischen Widerstandskampf teil. Nach Kriegsende Vorsitzender des kommunistischen Jugendverbandes, war er von 1950 bis 1953 Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Seit 1945 Mitglied des Zentralkomitees, 1962 ins Sekretariat und ins Politbüro gewählt, stieg er auf dem 13. Parteitag 1972 zum Generalsekretär auf.

An der Schwelle zu den 70er Jahren war Berlinguer noch bei den revolutionären Massenkämpfen in der Industriemetropole Turin, der Zentrale des FIAT-Konzerns, vor Ort. Die Erfolge trugen zum wachsenden Masseneinfluss der IKP bei und begründeten Berlinguers hohes Ansehen an der Basis. Mit dem Aufkommen des Eurokommunismus wurde die IKP unter ihm dessen Protagonist. Während die Reformisten zu dieser Zeit bereits an die Umwandlung in eine sozialistische Partei dachten, setzte Berlinguer unter eurokommunistischen Vorzeichen auf den Erhalt der revolutionären Potenzen und ihre Nutzung in der Regierungszusammenarbeit mit der DC. Wenn die Basis der Partei sich in den 70er Jahren weitgehend dem reformistischen Kurs unterordnete, geschah das im Vertrauen darauf, dass Berlinguer sich auf diese kämpferischen Positionen stütze. Wie die PRC-Zeitung *Liberazione* schrieb, suchte er den Ausgleich zwischen dem linken und rechten Flügel, war ein «Mann der Vermittlung», und als solcher ein «Zentrist».¹²⁶ Man darf als sicher annehmen, dass er den von Achille Occhetto und Massimo D'Alema¹²⁷ eingeschlagenen Weg der Umwandlung der IKP in eine sozialdemokratische Linkspartei und der Aufgabe nicht nur der kommunistischen, sondern aller sozialistischen Traditionen nicht gegangen wäre.

Berlinguer war mit einer praktizierenden Katholikin verheiratet und Vater zweier Töchter und eines Sohnes. Die Reformisten führten gern an, er verkörpere mit seiner Familie selbst den Historischen Kompromiss. Während der Studentenunruhen im Frühjahr 1977 wurde jedoch bekannt, dass seine damals 18-jährige Tochter Maria und sein 14-jähriger

¹²⁶ *Liberazione*, 11. Juni 1999

¹²⁷ Unter Occhetto, seit 1988 Generalsekretär, erfolgte die Umwandlung der IKP in die Partei der demokratischen Linken (PDS), deren Sekretär er bis 1996 war. Massimo D'Alema wurde Occhetos Nachfolger. Ausführlich Feldbauer 2002, S. 113 ff.

ger Sohn Marco den Ansichten des Vaters widersprachen. Maria äußerte das offen im Gymnasium und Marco beteiligte sich an einer Protestdemonstration vor dem Gebäude des Zentralkomitees in der Via delle Botteghe Oscure.¹²⁸

Nach der anhaltenden Sabotage der Reformvereinbarungen durch die Regierung Andreotti setzte Berlinguer gegen die Reformisten, die dennoch in der Regierungskoalition verbleiben wollten, im Januar 1979 den Austritt durch. Auf dem 15. Parteitag im März erklärte er den Historischen Kompromiss für gescheitert. Die IKP kehrte zu einer linken Regierungsalternative zurück.

Wie Giorgio Galli in seiner «Storia del PCI» schreibt, litt Berlinguer schwer unter der Niederlage, für die er sich persönlich verantwortlich fühlte, was sich auch in seinem sich verschlechternden Gesundheitszustand ausdrückte. Wenn er seine wiederholt geäußerten Rücktrittsabsichten nicht verwirklichte, dann vor allem deshalb, weil kein befähigter Nachfolger zur Stelle war. Nach seinem Tod am 11. Juni 1984, dem ein Herzinfarkt, während er auf einer Kundgebung sprach, vorausging verfügte die Partei über keinen Nachfolger von seinem Format. Die von ihm in bestimmtem Maße gezügelte sozialdemokratische Strömung bekam freie Hand. Bereits 1986 leitete sein Nachfolger Alessandro Natta die «reformistische Wende» ein, die 1991 zur Umwandlung der IKP in die sozialdemokratische Linkspartei führte.¹²⁹

14. Die Drahtzieher des Mordkomplotts

Moros zweite Öffnung nach links stieß in den USA auf unvergleichlich stärkeren Widerstand als die erste gegenüber den Sozialisten. Er war erbitterten Angriffen ausgesetzt, die immer öfter in einer regelrechten Mordhetze gipfelten. Während er sich 1974 als Außenminister in Begleitung Staatspräsident Giovanni Leones in Washington befand, wurde offen gedroht, «Italien in ein zweites Chile» zu verwandeln. Präsident Gerald Ford verteidigte die Rolle der USA beim Militärputsch Pinochets, dessen Diktatur die Faschisten in Rom als «Vorbild für Italien» feierten. «Wir haben dort getan, was die Vereinigten Staaten tun, um ihre Interessen im Ausland zu verteidigen», erklärte Ford.¹³⁰ Außenminister Kis-

128 Galli, Giorgio, S. 270

129 Ebenda, S. 294 ff.

130 Flamigni 1993, S. 11 f.

singer rechtfertigte vor dem Kongress die Maßnahmen, «um die Beteiligung der Kommunisten an der Machtausübung in Italien oder anderen Ländern Westeuropas zu verhindern.»¹³¹ Moro reiste nach diesem Auftritt vorzeitig aus Washington ab. Der zum rechten DC-Flügel gehörende Leone nahm die Demütigungen ohne jeden Protest hin.

Moros Frau Eleonore sagte während der parlamentarischen Untersuchung zum Mord an ihrem Mann aus, dass ihm in Washington gedroht worden war, wenn er seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht aufgebe, werde er es «teuer bezahlen».¹³² Mino Pecorelli schrieb, ein hoher Beamter habe in Anspielung auf die Ermordung John F. Kennedys und seine Witwe Jacqueline davon gesprochen, dass es «eine Jacqueline in der Zukunft unseres Landes geben» werde.¹³³

Kissinger äußerte nach der Abreise der Italiener, die CIA habe «Realitäten zu schaffen». Deren früherer Vize-Direktor und Leiter des zum Geheimdienst gehörenden Center of Strategic and International Studies, Ray Cline, bekräftigt in der *New York Times*, dass die «Situation in Italien durch die Geheimaktivitäten der CIA gelöst werden wird.» Zu den einflussreichsten Mitgliedern des Instituts zählten neben Kissinger Ronald Reagan, Alexander Haig und der langjährige Chef der CIA in Rom, später deren Direktor, William Colby, der zu den Organisatoren des Putsches gegen Allende gehört hatte. Wie später ans Licht kam, war eine Tagung des Instituts im April 1976 sich einig, dass es höchste Zeit sei, «entschiedener in Italien einzugreifen», um einen Regierungseintritt der Kommunisten zu verhindern.¹³⁴

Kissinger verschärfte seine Angriffe auf Moro, wertete dessen Politik als «äußerst negativ», nannte ihn den «Allende Italiens», der «Italien in kommunistische Abhängigkeit» steuere. Immer öfter war gezielt von Italien als einem «zweiten Chile» die Rede. Kissingers Botschafter in Rom, John Volpe, ein Großindustrieller, der bereits aktiv an der Vorbereitung des De Lorenzo-Putsches teilgenommen hatte, bezeichnete eine Regierungsbeteiligung der IKP als «in grundsätzlichen Widerspruch zur NATO». stehend. Volpes Nachfolger Richard Gardner nannte Moro noch nach dessen Entführung den «gefährlichsten Politiker Italiens».¹³⁵

Den USA ging es nicht nur um die Sicherung der italienischen NATO-

131 *Unita*, 28. Sept. 1974

132 Flamigni 1993, S. 112

133 *Osservatore Politico*, Rom, 13. Sept. 1975

134 Igel, Regine: Andreotti. Politik zwischen Geheimdienst und Mafia. München 1997 S. 155 u. S. 136

135 Flamigni 1993, S. 114 ff.

Mitgliedschaft und um die Südflanke des Paktes, sondern vordergründig darum, das Land unter der während des Zweiten Weltkrieges auf der Grundlage ihres Besatzungsregimes begründeten Vorherrschaft zu halten. Sie schalteten dazu von Anfang an die Geheimdienste ein, finanzierten rechte und faschistische Kräfte, bestachen Parteien, Politiker, Gewerkschaftsführer und Massenmedien. Eine aktive Rolle spielte das State Department. Die Herrschaft der Botschafter in einem nicht völlig souveränen Land war offensichtlich kein Privileg, das die sowjetischen Missionschefs beispielsweise in der DDR ausübten. Das Nachrichtenmagazin Panorama schrieb, Washingtons Botschafter führten sich wie «Statthalter in Rom» auf. James Dunn, von 1945 bis 1952 Missionschef, habe dieses Regime begründet, indem er «alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckmittel nutzte, um die USA-Ziele durchzusetzen».¹³⁶

Die Verbündeten standen ohne Widerspruch zum «großen Bruder» in Washington. Als die IKP 1976 die erste DC-Regierung tolerierte, beschlossen die Regierungschefs der G7-Staaten hinter dem Rücken der Italiener, Rom im Falle einer kommunistischen Regierungsbeteiligung sämtliche Kredite zu sperren. Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstützte die USA-Forderung am nachdrücklichsten. Strauß malte in einem Gespräch mit dem Spiegel drohend das Gespenst «der Volksfront aus Italien und Frankreich» an die Wand.¹³⁷

Genau in dem Augenblick, da Moro und Berlinguer ihren Historischen Kompromiss verwirklichen wollten, wurde das in Washington seit langem geplante Komplott gegen den DC-Vorsitzenden eingeleitet. An seiner Inszenierung und Ausführung arbeiteten Politiker wie USA-Außenminister Kissinger, der italienische Ministerpräsident Andreotti, die CIA und die NATO-Geheimtruppe Gladio mit italienischen Geheimdienst- und Armee-Kreisen in Komplizenschaft mit den Faschisten des Landes. Als Werkzeug dazu ließen sich die von Polizei und Geheimdienst-Agenten unterwanderten und entsprechend manipulierten linksextremen RB missbrauchen. Am 16. März 1978, dem Tag der Amtseinführung der Kompromiss-Regierung, entführte ein BR-Kommando, flankiert von wenigstens einem hochqualifizierten Militärspezialisten, Aldo Moro und ermordete ihn 55 Tage später am 9. Mai.¹³⁸

136 Panorama, Nr. 614/1978

137 Der Spiegel, 29. Nov. 1976

138 Flamigni 1993, S. 41. Neue Beweise dazu legte la Liberazione in einem Beitrag «Der Oberst des SISMI (Militärischer Geheimdienst) in der Via Fani»

Andreotti lehnte von den Entführern geforderte Verhandlungen – bis dahin immer geführt und auch danach wieder gängige Praxis¹³⁹ – ab und lieferte seinen Parteivorsitzenden dem sicheren Tod aus. Um in der Regierungsmehrheit verbleiben zu können, schloss sich die IKP dieser Linie an und überließ ihren Bündnispartner seinem Schicksal.¹⁴⁰

15. Regierungszusammenarbeit scheitert

Die IKP ordnete sich dem rechten Kurs Andreottis unter. Mit ihren Stimmen verabschiedete das Parlament fünf Tage nach dem Anschlag Notstandsgesetze, die weit über die erforderlichen Befugnisse hinaus gingen. Sie erlaubten Polizeiverhöre ohne Anwalt, längere Festnahmezeiten ohne Haftprüfungstermine, Telefonüberwachung ohne richterliche Verfügung. Sie erweiterten und verschärften die umstrittenen Repressivmaßnahmen, die Innenminister Francesco Cossiga seit seinem Amtsantritt 1976 bereits erlassen hatte: Einführung des Paragraphen über «terroristische Vereinigungen» in das Strafrecht, Hochsicherheitstrakte nach dem Vorbild von Stammheim und Anhebung der Höchstdauer der Untersuchungshaft. Generell schränkten die Notstandsgesetze und -verordnungen die Bürgerrechte ein und übertrugen den bewaffneten Organen und der Justiz weitreichende Vollmachten, die auch gegen oppositionelle Kräfte ohne Unterschied angewendet werden konnten, was auch in bedenklicher Weise erfolgte. In Rom wurden an einem Tag 287 Personen festgenommen, darunter Mitglieder der IKP und der ISP, von denen später 245 wieder freigelassen werden mussten. Im Rahmen der Fahndung nach den Attentätern übernahm die Armee Polizeifunktionen zur «Sicherung der öffentlichen Ordnung». Allein in der Hauptstadt wurden dazu Kräfte in Stärke einer Division eingesetzt.

Die Notstandsgesetze richteten sich, solange die RB den Organisatoren des Komplotts nützlich waren, kaum gegen diese, sondern vorwie-

(Ort der Entführung Moros) am 14. Mai 2002 vor. In einer weiteren, am 12. März 2003 veröffentlichten Recherche «Der Fall Moro – die Aufdeckung der Wahrheit» wurde u. a. die Beteiligung von Gladio am Komplott gegen Moro nachgewiesen.

139 So verhandeln nach der Entführung des stellvertretenden Oberbefehlshaber der NATO-Landstreikräfte Südeuropa, General James Lee Dozier 1981 durch die RB die Geheimdienste und bereiten inzwischen zur Befreiung eine Militäraktion vor, an der die Mafia mitwirkt. Flamigni 1993, S. 313

140 Unità, 25. April 1978; Fassanella/Sestrieri, passim

gend gegen die außerparlamentarische Linke. Die Verhaftung von Rotbrigadisten setzte erst 1979 ein, nachdem sie ihre Rolle im wesentlichen ausgespielt hatten und der Historische Kompromiss zum Scheitern gebracht worden war. Mit aller Wucht schlug der Repressionsapparat gegen linke und als linksradikal apostrophierte Intellektuelle zu. Der Jagd auf sie fielen ganze Universitätsfakultäten zum Opfer. In Padua befand sich darunter fast der gesamte Lehrkörper für politische Wissenschaften, in Mailand der Direktor der Katholischen Universität, Maro Borromeo. Der angesehene Professor Antonio Negri, wurde angeklagt, Chef der RB zu sein und die Entführung Moros organisiert zu haben. Tausende Linksradikale, viele von ihnen ohne sich eines Vergehens strafbar gemacht zu haben, wurden in die Gefängnisse geworfen, zirka 100.000 Personen von den polizeilichen Ermittlungen erfasst, rund 40.000 angeklagt, etwa 15.000 verurteilt.

Trotz allen Entgegenkommens seitens der IKP sabotierte Ministerpräsident Andreotti systematisch das Regierungsabkommen. An der IKP-Basis verstärkte sich der Druck auf die Parteiführung, die rechte Regierungskoalition zu verlassen. Im Januar 1979 kam die Partei dieser Forderung nach. Der Historische Kompromiss war, wie Berlinguer auf dem Parteitag im April 1979 eingestehen musste, gescheitert.¹⁴¹ Es gab keinerlei soziale oder ökonomische Reformen. Statt einer Zurückdrängung der faschistischen und rechten Gefahr kam es zu einer Verschiebung der Regierungssachse nach rechts. In der DC erhielten rechte und mit den Faschisten paktierende Kräfte den bestimmenden Einfluss auf die Politik. Bezeichnend dafür war, dass der zur Führung der P2 gehörende Silvio Berlusconi in dieser Zeit mit Hilfe der Bankiers der Putschloge sein marktbeherrschendes Fernsehimperium aufbauen konnte, das zum entscheidenden Instrument auf seinem Weg zum Premier der ersten, 1994, und der zweiten, 2001 gebildeten profaschistischen Regierung wurde.¹⁴²

Der politische Einfluss der IKP ging spürbar zurück. In den folgenden Jahren verließen etwa ein Drittel ihrer 2,2 Millionen Mitglieder die Partei. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1979 war ihre Stimmenzahl zum ersten Mal seit Kriegsende rückläufig. Sie verlor gegenüber 1976 mit einem Schlag fast vier Prozent ihrer Wähler, bis 1987 rund acht. Der Einfluss der Gewerkschaften wurde merklich zurückgedrängt, sie

141 Unità, 31. März bis 3. April 1979

142 Flamigni, 1996, *passim*; Losano, Mario G: Sonne in der Tasche, München 1995, S. 70 ff.; Feldbauer 2002, S. 143 ff.

wurden auf Sozialpaktlinie gebracht. Die Massenkämpfe der Arbeiter ebten ab. Höhepunkt der Rückschläge war die Beseitigung der Scala mobile. Die Gewerkschaften nahmen die Liquidierung dieser herausragenden sozialen Errungenschaft ohne Widerstand hin.

16. Anregungen für die Gegenwart

Welche Anregungen und Erfahrungen vermitteln Togliattis «Wende von Salerno» und die von Moro und Berlinguer praktizierte Zusammenarbeit für den Kampf um Reformen, für die dabei unerlässlichen Kompromisse und für eine breite Bündnispolitik in der Gegenwart? Kommunisten und Sozialisten vermittelt sie an erster Stelle den Grundsatz, an den Willi Gerns und Robert Steigerwald bereits 1995 erinnerten, als sie schrieben, dass es – wenn die Voraussetzungen für einen baldigen Übergang zum Sozialismus nicht gegeben sind – notwendig ist, «darüber nachzudenken, wie unter den Verhältnissen des Kapitalismus eine solche Politik entwickelt werden kann, die von der Verteidigung der nächsten Interessen aus an weitergehende Aufgaben, an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und an den Kampf um den Sozialismus heranführt.» Im Grunde gehe es strategisch um das, was Lenin «eine Politik der Übergänge, des Heranführens an den Sozialismus» genannt habe.¹⁴³ Das heißt, auf sozialistische Forderungen im Tageskampf zu verzichten kann keinesfalls bedeuten, die Perspektive des Kampfes aufzugeben, von diesem Ziel abzurücken, grundsätzliche Positionen des Klassenkampfes zu verlassen und sich auf eine Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie einzulassen.

Aldo Moro war ein aufrechter bürgerlicher Demokrat und Antifaschist, der mit seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Sozialisten und Kommunisten den Antikommunismus zurückwies. Er war ein Gegner der Blockkonfrontation, der für internationale Entspannung eintrat und nicht zuletzt ein Vertreter der nationalen Unabhängigkeit seines Landes, welcher der USA-Politik der Entmündigung und der Unterordnung Italiens unerschrocken entgegen trat. Moro hätte für die IKP, wenn sie nicht derart schwerwiegende Zugeständnisse eingegangen wäre, ein Partner nicht nur für die Durchsetzung von Reformen im Rahmen der bürgerlichen Ordnung, sondern auch für darüber hinausgehende, an den Sozialismus heranführende werden können. Dafür spricht vor al-

143 MBI, 5/1995, S. 30

lem sein «Memoriale», das er im Angesicht des bevorstehenden Todes im Gefängnis der Roten Brigaden niederschrieb und das man als sein politisches Testament betrachten kann. Wie er darin das von den herrschenden Kreisen der DC angeführte antidemokratische und volksfeindliche Regime und seine proamerikanische Politik anklagt, lässt deutlich antiimperialistische Positionen erkennen.¹⁴⁴ Es ist gleichzeitig ein Dokument menschlicher Größe und Standhaftigkeit. Moro erkannte, dass er sich in den Händen seiner Washingtoner Feinde befand, welche die Roten Brigaden als ihr Werkzeug benutzten. Er hielt dem physischen und psychischen Druck stand und bekannte sich mutig zu seiner Zusammenarbeit mit den Kommunisten, obwohl ihm ein Widerruf möglicherweise das Leben gerettet hätte.¹⁴⁵

Wie sieht es mit der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten (Linksdemokraten) und den bürgerlichen Parteien der Mitte in der jüngsten Zeit in Italien aus? Nach dem Sturz der ersten von Silvio Berlusconi angeführten profaschistischen Regierung gewann die Parteienkoalition der Linken Mitte (Linksdemokraten, Grüne, DC-Nachfolger wie die PPI), mit dem Anhänger Moros, dem parteilosen Christdemokraten Roman Prodi an der Spitze, 1996 die vorgezogenen Parlamentswahlen.¹⁴⁶ Um der faschistischen Gefahr zu begegnen, war die PRC mit der Linken Mitte ein Wahlbündnis eingegangen. Lehren ziehend aus dem gescheiterten Historischen Kompromiss lehnte sie es ab, in die Regierung Prodi einzutreten, unterstützte sie aber im Parlament, da sie allein über keine Mehrheit verfügte. Als gegen die faschistische Gefahr keine konkreten Maßnahmen zu Stande kamen und die Regierung die eingegangenen Verpflichtungen zur Verbesserung der soziale Lage nicht einhielt, beendete die PRC im Oktober 1998 diese Unterstützung. Das führte zur Abspaltung der Fraktion des PRC-Vorsitzenden Cossutta, die in die Regierung eintrat.¹⁴⁷ Prodi trat zurück. Die Regierung übernahm

144 Briscione, *passim*. Wenn dieses Vermächtnis eines progressiven bürgerlichen Reformers bis heute kein deutscher Verlag heraus brachte, dann zeugt das vom fehlenden oder kaum vorhandenen Interesse entsprechender Kreise in der Bundesrepublik.

145 Siehe Fußnote 59

146 Prodi, ein angesehener Wirtschaftsprofessor, leitete jahrelang den größten Staatskonzern IRI, wurde nach seiner Amtszeit als Ministerpräsident (1996-98) zum EU-Kommissionspräsidenten berufen. Gründete 1999 aus früheren Christdemokraten, Republikanern, Sozialisten und Sozialdemokraten die Demokratische Partei, deren Vorsitzender er ist.

147 Cossutta gründete eine eigene «Partei der italienischen Kommunisten» (PdCI), die etwa 30.000 Mitglieder aus der PRC mitnahm. Ihre heutige

Massimo D'Alema von den DS.¹⁴⁸ Unter ihm verstärkte sich der Rechtskurs der Regierung.¹⁴⁹ Da D'Alema konkrete Vereinbarungen verweigerte, lehnte die PRC ein neues Bündnis zur Wahl 2001 ab und trat allein an.¹⁵⁰ Die Entscheidung war in der PRC umstritten. Die DS und die PdCI behaupteten, das habe den Wahlsieg Berlusconis begünstigt. Die PRC wies das zurück.¹⁵¹

Zwei Aspekte sind seitdem hinzu gekommen. Einmal formiert sich seit den faschistischen Ausschreitungen während des G8-Gipfels im Juli 2001 in Genua ein von den Arbeitern ausgehender Widerstand gegen den in der Nachkriegsgeschichte nicht gekannten Sozial- und Demokratieabbau und gegen die von den USA ausgehende weltweite Kriegsgefahr (Millionen-Demonstrationen, drei Generalstreiks),¹⁵² auf den die PRC einen großen Einfluss ausübt. Zum anderen bildet die Hunderttausende Anhänger unterschiedlicher sozialer Schichten zählende Anti-Globalisierungs-Bewegung, die nicht durchgehend antikapitalistisch eingestellt ist, eine wichtige Basis dieses Widerstandes. Die PRC misst ihr große Bedeutung bei, ist in ihr sehr aktiv und auch anerkannt. Mit rund 60.000 Teilnehmern und annähernd einer Million Demonstranten stellte das Europäische Sozialforum im November 2002 in Florenz einen herausragenden Höhepunkt dar.

Als grundlegendes Kriterium eines entschiedenen Kampfes gegen die zweite Regierung Berlusconi schlug die PRC auf ihrem Parteitag im April 2002 eine neue Aktionseinheit mit den DS vor, um auf dieser Basis eine erneuerte Linke Mitte zu bilden. Da das Aktionseinheitsprojekt von der DS-Führung ignoriert wird, untersetzte es PRC-Sekretär Fausto Bertinotti nach Florenz durch den Vorschlag einer «Neukonstruktion der Linken» in Gestalt der PRC, der PdCI, der linken Basismehrheit der DS und weiterer sozialer Gruppierungen der Anti-Globalisierungs-Bewegung.¹⁵³ Bertinotti denkt dabei auch an einen gemeinsamen Antritt zur

Stärke wird auf etwa 10.000 geschätzt. Die PdCI blieb auch im Kabinett, als dieses sich an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien beteiligte.

148 1998 änderte die PDS ihren Parteinamen in Linksdemokraten (Democratici di Sinistra – DS). Siehe Beitrag des Autors in UZ 20. März 1998

149 Ausführlich jW-Serie des Autors 29./30. Okt. 1998

150 Die PRC, die zirka 100.000 Mitglieder zählt, erreichte etwas über fünf Prozent (die Sperrklausel liegt bei vier Prozent).

151 Feldbauer 2003, S. 46 ff.

152 Der letzte Generalstreik fand im März 2003 nach dem Beginn der USA-Aggression gegen Irak statt.

153 *Liberazione*, 6. Dez. 2002; *RotFuchs*, 60/2003

nächsten Parlamentswahl, wenn er davon spricht, diese Linke könnte 15 bis 20 Prozent Stimmen erreichen. Das alles kann unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, an den Erfahrungen und Lehren der Bündnispolitik der IKP anzuknüpfen. Dabei sind bestimmte revisionistische Zugeständnisse der PRC auf ihrem Parteitag nicht zu übersehen, mit denen der IKP im Historischen Kompromiss jedoch nicht vergleichbar. Die Politik der PRC wird derzeit grundlegend von dem auf dem Kongress angenommenen revolutionären Aktionsprogramm bestimmt, dessen Eckpunkte Antikapitalismus, das Betonen des revolutionären Charakters gesellschaftlicher Umwandlungsprozesse und der Rolle des Klassenkampfes, das Bekenntnis zur sozialistischen Perspektive und eine konsequente Antikriegsposition sind.¹⁵⁴

Die oppositionellen Zentrumsparteien setzten erneut auf Roman Prodi als ihren Hoffnungsträger. Es scheint so gut wie sicher, dass er nach seiner Rückkehr aus Brüssel die Linke Mitte 2006 in den Wahlkampf führen wird. Lässt man einmal dahin gestellt, ob eine neue Aktionseinheit bzw. eine Neukonstrukturierung der Linken so schnell zu Stande kommt, dürfte ein Beitritt der PRC in ein Wahlbündnis derzeit zumindest von einer Annäherung zwischen ihr und den DS abhängen.

Bleibt die Frage, ob es im Kampf gegen die Regierung Berlusconi Möglichkeiten gibt, die Widersprüche unter den Kapitalkreisen zu nutzen. Zu den Wahlen 2001 unterstützten die Agnellis, vorher Förderer der Linken Mitte, Berlusconi. Inzwischen gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Ob sich die liberalen Kapitalkreise um Agnelli neu positionieren, dürfte auch davon abhängen, wie es Umberto Agnelli, Bruder und Nachfolger des im Januar 2003 verstorbenen FIAT-Mehrheitsbesitzers Giovanni Agnelli, gelingt, das Riesenimperium, das zu mehr als der Hälfte aus Industrie- und Rüstungsunternehmen besteht, aus der derzeitigen Krise heraus zu führen.¹⁵⁵

Was PDS-Vize Diether Dehm anknüpfend an Togliatti und Berlinguer zum «Regieren und Opponieren» seiner Partei in der Bundesrepublik darlegt, regt unter einigen Gesichtspunkten durchaus zum Nachdenken an, geht aber in anderen Fragen an den Realitäten vorbei. Da sind die unterschiedlichen Größenordnungen und politischen Konstellationen, darunter der Parteicharakter zu sehen. In Italien handelte es sich beide Male um eine kampfstärke kommunistische Partei, wenn unter Berlin-

154 Ernesto, *Rivista Comunista*, Ancona, 1/2003; Feldbauer 2003, S. 51 ff. ;
RotFuchs 52/2002, 60/2003

155 Beitrag des Autors in jW 10. März 2003

guer auch bereits mit revisionistischen Tendenzen. Togliatti gab in Salerno keine revolutionären Positionen auf, von einer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie konnte keine Rede sein. Italiens christdemokratische Mitte ist bis in die Gegenwart nie von dem fanatischen Antikommunismus zerfressen worden, der hierzulande herrscht, auch die Sozialdemokratie erfasst und selbst in der PDS Boden gewonnen hat. Das ist eine der Ursachen dafür, dass die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) besonders schwer an den Folgen der sozialistischen Niederlage von 1989/90 zu tragen hat und auf zentraler Ebene derzeit keine Rolle spielt.

Dehm schließt sich mit seinem Bekenntnis zum Eurokommunismus den revisionistischen Grundlagen an, auf denen der Historische Kompromiss beruhte, lässt gleichzeitig Distanz zu den sozialen Zugeständnissen erkennen und orientiert sich für die Gegenwart an der PRC. Das unterscheidet ihn als Vertreter des linken PDS-Flügels von den Parteirechten um Gysi, A. und M. Brie, Roland Claus und anderen, deren Vorbild von Anfang an Italiens neue Sozialdemokratie bildete. Ihr folgend hat die Führungsgruppe der exkommunistischen PDS um Gysi nach der Niederlage des Sozialismus 1989/90 ebenfalls einen Weg sozialdemokratischer Orientierung eingeschlagen, wenn sie auch ihrem italienischen Leitbild noch in einigen Fragen hinterher hinkt. Für ihren Verzicht auf die Vertretung grundlegender Interessen der arbeitenden Menschen hat sie 2002 von ihren Wählern die Quittung erhalten. Sie schaffte den Wiedereinzug in den Bundestag nicht. In seinem Wahlkampf im März 2003 um das Bürgermeisteramt in der südbadischen Stadt Lörrach hat Dehm hier klar Korrekturen angemahnt, wenn er forderte, «hinausgehen auf die öffentlichen Plätze und in die sozialen Brennpunkte, die Menschen zu begeistern für den Kampf um die eigenen sozialen und politischen Rechte, für das sofortige Ende des Krieges, für ein Europa des Friedens, für eine andere Welt.»¹⁵⁶

Die von Dehm in Lörrach bezogenen «antiimperialistischen Antikriegspositionen», sein Auftreten gegen den Kriegskurs der Bush-Administration, schlagen sich derzeit mehrheitlich in der PDS nieder.¹⁵⁷

156 ND, 1. April 2003. Dehm gewann zwar am 30. März nicht die Wahl, erreichte aber beachtliche 17,6 Prozent.

157 Das zeigte der Berliner Sonderparteitag im April 2003, der erneut das sofortige Ende des Irak-Krieges und den umgehenden Abzug der Invasionstruppen aus der Golfregion forderte. ND, 7. April 2003. Zu den Ausnahmen gehört Gysi, der fordert, die Linke solle UN-Interventionen zustimmen. jW 3. April 2003

Der PDS-Vize polarisierte aber nicht schlechthin, sondern versuchte, «Gemeinsamkeiten von Grünen, linken Sozialdemokraten, Gewerkschaften und friedensorientierten Gewerbetreibenden» zum Tragen zu bringen,¹⁵⁸ was nichts anders heißen kann, als Bündnisse zu formieren.

Vor allem die Antikriegsposition bietet reale Möglichkeiten, von Togliattis «Wende von Salerno» und Aldo Moros Gegnerschaft zur Blockkonfrontation, von seinem Wirken für internationale Entspannung und friedliche Zusammenarbeit, eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts eingeschlossen, auszugehen, um sich auf das zu orientieren, was Steinger eine neue «Antihitlerkoalition» nennt. Er schreibt: «Politiker und Parlamentarier vieler kapitalistischer Staaten der Welt, darunter auch mit den USA eng verbundene Länder wie Frankreich, Deutschland und Russland, wägen nüchtern ihre eigenen Interessen und Ziele ab, die mit denen der USA nicht identisch sind. Auch die Tatsache, dass die Volksrepublik China, die knapp ein Viertel der Erdbevölkerung repräsentiert, auf Seiten der Friedenskräfte steht, ohne bereits das weltpolitische Gewicht der einstigen UdSSR zu besitzen, isoliert den Aggressor. Auf Straßen und Plätzen marschieren Millionen und Abermillionen Friedensbeschützer auf (...): Ihr Bündnis überschreitet erneut ideologische, politische und soziale Grenzen. Es geht um den Fortbestand der Menschheit, darum, ihre bisher größte Bedrohung in die Schranken zu weisen.»¹⁵⁹

158 ND, 1. April 2003

159 RotFuchs, 62/2003

Ausgewählte Literatur

- Alf, Sophie G.: Leitfaden Italien. Vom antifaschistischen Kampf zum Historischen Kompromiss. Berlin 1977.
- Barbieri, Daniele: Agenda néra. Trent'anni di Neofascismo in Italia. Rom 1976.
- Battaglia, Roberto/Garritano, Giuseppe: Der italienische Widerstandskampf 1943-1945. Berlin (DDR) 1970.
- Bellu, Giovanni, Mario/D'Avanzo, Giuseppe: I Giorni di Gladio. Rom 1991.
- Berlinguer, Enrico: Für eine demokratische Wende. Ausgewählte Reden und Schriften 1969-1974. Berlin (DDR) 1975.
- Briscione, Francesco M (Hg): Il Memoriale di Aldo Moro rivenuto in via Monte Nevoso a Milano. Rom 1993.
- Brown, Archie: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht. Frankfurt a. M./Leipzig 2000.
- Canossa, Romano. Storia dell'Eppurazione in Italia, Mailand 1999.
- Caprara, Massimo: L'Attentato a Togliatti. Padova 1978.
- Chiarante, Giuseppe: Da Togliatti a D'Alema. Rom 1997.
- Dané, Carlo / Sangiorgio, Giuseppe: Il Romanzo del Popolo. Storia di un Giornale pericoloso. Rom 2003
- Doni, Gino: Mein Blut komme über Euch. Moro oder die Staatsräson. München 1978
- Di Nolfo, Ennio: Von Mussolini zu De Gasperi (1943-1953). Paderborn 1993.
- Ellwood, David W.: L'alleato nemico. La politica dell'Occupazione anglo-americana in Italia 1943-1946. Mailand 1977.
- Faenza, Roberto: Il malaffare. Mailand 1978.
- Faenza, Roberto/Fini, Marco: Gli americani in Italia. Mailand 1976.
- Fasanella, Giovanni/Sestieri, Claudio: Segreto di Stato. La Verità da Gladio al Caso Moro. Turin 2000.
- Feldbauer, Gerhard: Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien. Berlin 1996.
- Ders.: Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA. Köln 2000.
- Ders.: Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien. Köln 2002.
- Ders.: Berlusconi – ein neuer Mussolini? 2. Auflage. Essen 2003.
- Ferrera, Marcella e Maurizio: Cronache di vita Italiana 1944-1958. Rom 1960.

- Flamigni, Sergio: La Tela des Ragno (Das Spinnennetz). Il Delitto Moro. Mailand 1993.
- Ders.: Trame atlantiche. Storia della Loggia massonica segreta P2. Mailand 1996.
- Ders.: Il mio Sangue ricadra su di loro (Mein Blut komme über sie). Gli Scritti di Aldo Moro. Mailand 1997.
- Flamini, Gianni/Nunziata, Claudio: Segreto di Stato. Rom 2002.
- Friedmann, Alan: Agnelli. Das Gesicht der Macht. München 1989.
- Gaddi, Giuseppe: Neofascismo in Europa. Mailand 1974.
- Galli, Giancarlo: Gli Agnelli. Una Dinastia, un Impero. Mailand 1997.
- Galli, Giorgio: Storia del PCI. Mailand 1993.
- Gossweiler, Kurt: Wider den Revisionismus. Berlin 1997.
- Gramsci, Antonio: Die süditalienische Frage. Berlin (DDR) 1955.
- Held, Karl (Hg.): Von der Reform des «realen Sozialismus» zur Zerstörung der Sowjetunion. Das Lebenswerk des Michael Gorbatschow. München 1992
- Intini, Ugo: Craxi. Una Storia socialista. Rom 2000.
- Koppel, Helga: PCI. Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei. Berlin 1976.
- La Rocca, Felice: L'Eredità perduta. Aldo Moro e la crisi italiana. Catanzaro 2001.
- Leonhard, Wolfgang: Eurokommunismus. München 1978.
- Longo, Luigi/Secchia Pietro: Der Kampf des italienischen Volkes für seine nationale Befreiung. 1943-1945. Berlin (DDR) 1959.
- Moro, Aldo: Scritti e Discorsi. Rom 1990.
- Panerai, Paolo/de Luca/Maurizio: Il Crack. Sindona, la DC, Il Vaticano e gli altri Amici. Mailand 1977.
- Rosenbaum, Petra: Italien 1976. Christdemokraten mit Kommunisten? Hamburg 1977.
- Secchia, Pietro/Frassati, Filippo: Storia della Resistenza. Rom 1965.
- Stübler, Dietmar: Geschichte Italiens. Berlin (DDR) 1987.
- Timmermann, Heinz (Hg.): Eurokommunismus, Fakten, Analysen, Interviews. Frankfurt/Main 1978.
- Togliatti, Palmiro: Problemi del Movimento operaio internazionale, Rom 1962.
- Ders.: La Via italiana al Socialismo. Rom 1972.
- Ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin (DDR) 1977.
- Tondi, Alighiero: Vatikan und Neofaschismus. Berlin (DDR) 1955

Jelena und Alexander Charlamenko

Revolution und Konterrevolution in Russland

Edition Marxistische Blätter • 200 Seiten • 12.60 Euro

Die Anlehnung des Titels an Friedrich Engels' berühmte Schrift ist keine Hochstapelei: Dem Moskauer Wissenschaftlerehepaar Alexander und Jelena Charlamenko ist ein großer Wurf gelungen. Ihre Arbeit, die den Bogen von den spezifischen, den Charakter der russischen Revolution prägenden Voraussetzungen bis zur heutigen Putinschen Reaktion spannt, wird der Diskussion über die Niederlage des Frühsozialismus wesentliche neue Impulse geben, die quer zu den bisher gängigen Interpretationslinien liegen.

Josef Schleifstein

Marxismus und Staat

Edition Marxistische Blätter • 152 Seiten • 9.90 Euro

Die Staatsauffassung der marxistischen Klassiker ist nicht nur Entstellungen von Gegnern, sondern oft auch Missverständnissen derer ausgesetzt, die sich selbst als Marxisten verstehen. Die Arbeit eines der hervorragendsten marxistischen Wissenschaftler der Bundesrepublik, 1982 erstmals erschienen, sorgt hier für Abhilfe: sie gibt einen fundierten Überblick über die Entwicklung der Staatsauffassung bei Marx, Engels und Lenin und entwickelt so anhand ihrer historischen Herausbildung die Grundzüge einer marxistischen Staatstheorie, die auch heute noch Bestand hat.

NEUE IMPULSE VERLAG

Marxistische Blätter – Flugschriften

Die Reihe bringt in loser Folge kleine Arbeiten marxistischer Wissenschaftler. Pro Jahr vier bis sechs Hefte. Einzelpreis EUR 2.50 bis EUR 4.00. Im Abonnement EUR 10.50 für je vier Hefte (einschließlich Porto). Soeben erschienen:

Rolf Berthold

China 2003. Auf dem Weg zum Sozialismus

Flugschrift 13 • 74 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Bisher erschienen u. a.:

Wolfgang Abendroth

Der theoretische Weltkommunismus

Flugschrift 12 • 44 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Radhika Desai: Die künftige Politik der Rechten

Flugschrift 11 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Werner Seppmann

Die Aktualität der Kapitalismuskritik

Flugschrift 09 • 68 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Martin Robbe: Die Palästinenser.

Zur Geschichte und Problematik eines Konflikts

Flugschrift 08 • 76 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Domenico Losurdo: Was ist Fundamentalismus?

Flugschrift 07 • 52 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

Genadi Sjuganow

Globalisierung: Sackgasse oder Ausweg?

Flugschrift 05 • 48 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Gerhard Feldbauer: Berlusconi – ein neuer Mussolini?

Flugschrift 06 • 64 Seiten • erweiterte Neuauflage • EUR 3.50 (plus Porto)

Thomas Metscher

Moderne Weltliteratur und die Stimme Schwarzafrikas

Flugschrift 04 • 44 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Domenico Losurdo

Die Linke, China und der Imperialismus

Flugschrift 02 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

NEUE **IMPULSE** VERLAG

Blaue Reihe: Marx und Engels neu lesen!

Neubearbeitete Studienausgaben
des Förderkreises Marx-Engels-Ausgaben

Friedrich Engels Die Rolle der Gewalt in der Geschichte

Hg. Rolf Dlubek und Rosemarie Giese
92 Seiten • 4 EUR (+ Porto)

Karl Marx / Friedrich Engels Zu den sozialdemokratischen Programmmentwürfen von Gotha und Erfurt

Hg. Peer Kosling
64 Seiten • 4 EUR (+ Porto)

Karl Marx / Friedrich Engels Manifest der Kommunistischen Partei

Hg. Martin Hundt
92 Seiten • 4 EUR (+ Porto)

Friedrich Engels Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

Hg. Waltraut und Heinrich Opitz
112 Seiten • 4 EUR (+ Porto)

Karl Marx Lohn, Preis und Profit

Hg. Manfred Müller
68 Seiten • 4 EUR (+ Porto)

NEUE **IMPULSE** VERLAG

Lenin über Reformen und Kompromisse, Palmiro Togliatti und Enrico Berlinguer, Die «Wende von Salerno» und der Historische Kompromiss, Wandlungen in der Bündnispolitik der IKP • Antifaschistischer Widerstand und kapitalistische Restauration, USA verbünden sich mit Mussolini-Faschisten, Enrico Mattei, ein Großindustrieller gegen Washington • Die Democrazia Cristiana, katholische Volkspartei und Interessenvertreterin des Kapitals, DC-Rechte paktieren mit Faschisten, Aldo Moro zwischen den Fronten • Frühe Wurzeln des Reformismus, Das linke Parteien- und Organisations-Spektrum, Widerstand gegen den Historischen Kompromiss • Gladio, CIA und P2, Das Mordkomplott, seine Drahtzieher Henri Kissinger und Giulio Andreotti • Klassenfeind verhindert Klassenzusammenarbeit, Ergebnis Wende nach rechts, freie Bahn für die Revisionisten • Anregungen für die Gegenwart, über das Heranführen an den Sozialismus, eine neue Antihitlerkoalition gegen Bushs weltweite Aggressionskriege?